

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien  
12 Pf. auswärts 15 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-  
60 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-  
Veranstaltungen und Wohnungs-Anzeigen 6 Pf. Kleine Anzeigen pro  
Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition  
Bismarckstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist  
durch die Haupt-Expedition: Bismarckstr. 4/6, durch die  
Abteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 14, durch die Zweig-  
stellen: Postfach 1206, Bismarckstr. 4/6, sowie durch alle Aus-  
gabenstellen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu  
zahlen. Wochensatz 1.70 Goldmark, monatlich 5.10 Goldmark. Durch die  
Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

## Ebert schwer erkrankt.

### Operation heute Nacht gut verlaufen. — Luther verfassungsmäßiger Stellvertreter.

Reichspräsident Ebert ist plötzlich am Montag abend an einer Blinddarmentzündung erkrankt und nachts 12 Uhr in das Westklinikum überführt worden, wo Prof. Lohmann sofort eine Blinddarm-Operation an ihm vornahm. Reichspräsident ist schon seit längerer Zeit an Blinddarmentzündung und Gallenleiden erkrankt. Die Operation selbst, die nachts um 1 Uhr vorgenommen wurde, soll glücklich verlaufen sein.

Die verfassungsmäßige Vertretung des Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen; Luther ist der plötzlichen Erkrankung des Reichspräsidenten im Falle der Not eingetreten, den der Artikel 51 der Reichsverfassung vorsieht. Dieser besagt: „Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung zunächst durch den Reichskanzler vertreten. Dauert die Verhinderung längere Zeit, so ist die Vertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln.“

Nach Dr. Luther von heute ab nicht nur Reichskanzler, sondern auch Stellvertreter des Reichspräsidenten. „Man muß sich von der Möglichkeit erwarten“, schreibt der „Vorwärts“, „daß er das schwerste und verantwortliche Amt in einem Geleite führen wird, das den Absichten des Reichspräsidenten selbst entspricht. Nur wird zu vermeiden sein, daß sich die schwere Verantwortung, die Krankheit des Reichspräsidenten hervorruft, auch in politischer Richtung auswirkt.“

Zur Erkrankung des Reichspräsidenten selbst schreibt der „Vorwärts“: „Nach der Erklärung der Ärzte erforderliche Gesundheitszustand schon längere Zeit eine Behandlung im Sanatorium. Der Reichspräsident konnte sich auch jetzt noch so wenig wie früher in den 6 Jahren zu einer Entscheidung, die ihn für längere Zeit seinem Amt entziehen würde, entschließen. Nun hat ihn ein Leiden aus dem Krankenlager gerissen, von dem nur der rasche Zugriff des Chirurgen Rettung bringen kann.“

### Luther redet.

Eine geistliche Würdigung der Presse gab gestern auf einen Antrag der Presse aller Parteien und zahlreichen Ministern des Reiches und der Einzelstaaten beherrschten Bankett des Reichsverbandes der deutschen Presse der Reichspräsident Dr. Luther.

Im weiteren Verlauf seiner Rede versuchte er dann — immer geistlich — alle parteipolitischen Gegensätze zu überbrücken und der Volkstiefe fortzuführen. In der Auseinandersetzung wollten im Grunde alle deutschen Parteien dasselbe, eine Verwirklichung der wahrscheinlich auf die Annahme freier und demokratischer Verfassungen mit Polen und Siam hinweisen. Individualismus und Sozialismus hätten ihre Verwurzelung in der Schöpfung des tüchtigen Individuums, die beiden in der republikanischen Verfassung des alten Roms. Auch die Zentralismus und Föderalismus hätte er in Mithras gleichsam gegenübergestellt. Kurz, der Reichskanzler sprach, alles einig zu können, die einen durch die andere von Goldmillionen an Liebesgaben, die anderen durch schöne Worte...

### Das westfälische Zentrum für Marx und gegen die Unzuverlässigen.

Bonn, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Provinzialausschuß der Westfälischen Zentrumspartei befragte sich am Montag in Gegenwart des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx mit der allgemeinen politischen Lage und dem Verhalten des von ihm in den preussischen Landtag delegierten Abgeordneten von Papen. Dr. Marx hielt ein ausführliches Referat, in dem er die Haltung der Zentrumspartei im Reichstag und in Preußen begründete. Am Schluß der Tagung wurde der Provinzialausschuß einmütig einer Entschließung in der Dr. Marx und den Fraktionen des Reichstages am Montag das Vertrauen ausgesprochen wurde. Der Abgang von Papen war auf der Tagung nicht anwesend, obwohl seine Abreise gewesen wäre. Er hatte in einem Brief, den er dem Provinzialausschuß übermittelte, den Antrag gestellt, in der Provinzialtagung keinen Beschluß zu fassen und vorher das Urteil der westfälischen Fraktion der westfälischen Zentrumspartei abzuwarten. Dieser Brief ist am Dienstag auf Wunsch des Provinzialausschusses an die Konferenz der westfälischen Zentrumspartei in Bonn gelangt. Die Konferenz lehnte jedoch den Antrag des Herrn von Papen ab. Damit haben die westfälischen Vertreter der westfälischen Zentrumspartei, deren Delegierter Herr von Papen zu betrachten ist, das Vertrauen in die westfälische Fraktion der westfälischen Zentrumspartei nicht mehr, mit Herrn von Papen zusammenarbeiten. Es ist jedoch zweifelhaft, ob Herr von Papen, der übrigens wesentlichen Teil der germanischen Studien, aus dem Zusammenhang der Hammer Veranstaltung selbst die erforderlichen Konsequenzen zieht.

### Um die deutsche „Entwaffnung“.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ betont, daß es jeden Tag klarer werde, daß bei den großen Problemen, die Entscheidungen erfordern, die nur von den Regierungen selbst getroffen werden können, sowohl das Versäumnis der Militärs als auch die Botenkonferenz eher ein Hindernis als eine Hilfe seien, da sie unermesslicher Weise zur Verzögerung Veranlassung geben und daß daher direkte Verhandlungen vorzuziehen seien. Die deutschen Minister seien für direkte mündliche Besprechungen mit den alliierten Staatsmännern statt für den Austausch diplomatischer Noten. In amerikanischen Kreisen finde der Gedanke offener Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland ungewöhnlich Zustimmung wegen der günstigen Wirkung auf die Durchführung des Dawesplanes. „Daily News“ erklärt, in einem späteren Stadium der Erörterung der Entwaffnungsfrage würde die britische Regierung wahrscheinlich eine deutsche Beteiligung begrüßen, aber die Zeit dafür sei noch nicht gekommen.

### Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Polen zieht Arbeitervertreter zu, Deutschland nicht. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in den nächsten Tagen beginnen. Dabei fällt wieder die Behandlung der Gewerkschaften durch die Regierung sehr unangenehm auf. Die deutsche Regierung hat sich nach allen bösen Erfahrungen doch wiederum nicht dazu entschließen können, einen so wichtigen Faktor des deutschen Wirtschaftslebens, wie die deutschen Gewerkschaften, offiziell an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie wiederholt damit die gleiche Dummheit wie während der Verhandlungen mit Frankreich und Belgien und verachtet darauf, manche für Deutschland schädlichen Vorkälle, die auf die engste Beteiligung von Wirtschaftsmitteln zurückzuführen sind, zu vermeiden. Auch jetzt spielt das Kabinett die Gewerkschaften mit Vorbehalt ab. Die auf den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, festgesetzt worden sind. Der polnische Staat hat dagegen, dem guten Beispiele Frankreichs folgend, die Gewerkschaften offiziell beteiligt, und zwar werden die polnischen Gewerkschaften innerhalb der polnischen Delegation durch den Genossen Diamand vertreten, der am 27. Februar in Berlin eintrifft und mit den deutschen Gewerkschaften Fühlung nehmen wird.

### Was die weiteren Angeklagten im „Tscheta“-Prozess zugehen.

Leipzig, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am zehnten Verhandlungstag des Tscheta-Prozesses wird mit der Vernehmung des Angeklagten Margies fortgesetzt. Margies: Neumann brachte mir Bazillen; für mich kamen nur die Cholera-Bazillen, die gefährlichsten, in Frage. Ich habe tatsächlich Versuche unternommen, und das Kabinett hatte mich davon gesteuert. Die Dum-Dum-Geschosse habe ich zusammen mit einer Pistole von der Polizeibehörde in Bochum erhalten zum Kampf gegen die Separatisten. Ich selbst habe keine Geschosse abgefeuert. Im Fall Borjia hatte ich nur die Beobachtung der Wille in Friedebau vorgenommen. Ueber den Fall Rauff kann ich nur berichten, daß ich erst nicht wußte, um was es sich handelt. Wir jubelten zusammen in der Straßenbahn, und da jagte Neumann, als ich aussteigen wollte, er hätte für mich noch etwas zu tun. — Borj: Hat Neumann Sie schon vorher vom dem Plan in Kenntnis gesetzt? — Margies: Nein, erst nachdem wir die Straßenbahn verlassen hatten. Er übergab mir dabei seine Briefschachtel, welche ich heimlich geben sollte, falls er „verhört“ geht, obwohl ich gar nicht wußte, wer heimlich war. Ich hatte mich zur russischen Botschaft begeben. Das übrige in diesem Fall habe ich erst hier in der Hauptverhandlung erfahren. Margies berichtet dann über die Fälle in Stuttgart und Mannheim, bei denen er eine besondere Rolle gespielt hat. Er gibt auch zu, mehrfach den Vorstoß gemacht zu haben, die Spindel mit Rasiermessern zu stören, bevor sie Wege mit dem Totschläger betäubt hätte, da es seiner Art entspräche, kaltblütig vorzugehen. — Margies schildert weiter noch kurz seine Verhaftung in Stuttgart.

Im Falle Borjig beantragt die Verteidigung die Ladung des Borjig als Zeugen. Der Vorsitzende geht nun auf die einzelnen Widerprüche ein, welche sich bei der Vernehmung des Margies im Gegensatz zu den Aussagen des Neumann ergeben. Das führt zu einer längeren Debatte zwischen den Parteien. Bei dieser Gelegenheit vernahmen die kommunistischen Vertreter unter Führung von Rechtsanwalt Samter wieder alle Aussagen des Neumann als unwahr hinzustellen. — Nach einer kurzen Pause wird in die Vernehmung des Angeklagten Sjon eingetreten. Sjon ist aus Berlin und nicht vorherbestimmt. Er war früher Mitglied der Sozialdemokratie und gehörte zuletzt der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands an. Neumann nahm den Sjon zunächst als Kampfgesellschaftler in seiner Gruppe auf, als es sich herausstellte, daß er ein langjähriger Parteimitglied war, wurde er aber nicht lange bei uns, sondern wurde abgeben, aber alles zu Schweigen.

### Die Steuerreform.

#### 1. Das Körperschaftsteuergesetz.

Unter den neuen Steuergesetzentwürfen ist der Entwurf über die Körperschaftsteuer hinsichtlich der Neubelastung der Bevölkerung, der Preisbildung und der wütenden Wirtschaftskrise der wichtigste, weil er die sogenannten öffentlichen Betriebe der Körperschaftsteuer und damit auch der Vermögenssteuer unterwirft. Nach § 2 des Gesetzes sind unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig (mit dem gesamten Einkommen) Erwerbsgesellschaften — wozu auch die Genossenschaften zählen —, alle übrigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts, Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, sofern die Betriebe oder Verwaltungen weder der Ausübung der öffentlichen Gewalt, noch kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen. Die beschränkte Steuerpflicht (für Gesellschaften, die Sitz und Leitung im Ausland haben) ist an den Bezug inländischen Einkommens geknüpft.

Damit wird die Besteuerung der öffentlichen Betriebe gefordert, die ja seit langem umstritten ist. Allerdings ist es den Gegnern der bisherigen Regelung bereits gelungen, ihre Auffassung im Industriebelastungsgesetz vom 30. August 1924 prinzipiell durchzudrücken. Jetzt soll diese grundsätzliche Anerkennung auch auf Körperschafts- und Vermögenssteuer übertragen werden. Der Geist der Väter dieser Forderung, für die die bisherige Stellung der öffentlichen Betriebe nur „Steuerprivileg“ ist, wird wohl am besten dadurch gekennzeichnet, daß sie in ihr nur einen „Vorsprung vor den privatwirtschaftlichen Betrieben“ sehen. Also folgt man hier, wie bei der gegenwärtigen Regierung nicht anders zu erwarten ist, völlig kapitalistischen Spekulationen, die sich, vom engen Standpunkt ihres Einzelunternehmens aus ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Wirtschaft eine gerade für die Preisbildung ins Gewicht fallende und lästige Konkurrenz vom Leibe halten wollen.

Wie liegen die Dinge aber, wenn man sie im Rahmen des volkswirtschaftlich Gebotenen betrachtet? Die ganz empfindliche Belastung aus der Körperschafts- und Vermögenssteuer dürfte zu einer Erhöhung der sogenannten Werttarife führen, die heute an und für sich übersteigt sind. Die Bedeutung von Wasser, Gas, Elektrizität für die Herstellungskosten verbietet es aber, sie wie Waren reiner Erwerbsgesellschaften zu betrachten, die sie ja in ihrer ganzen Wirtschaftsführung nicht sind und auch nicht sein können. Selbst für die übrige Wirtschaft, die Summe der Erwerbsgesellschaften, sind sie Hilfsmittel, die, ähnlich wie bei möglichst niedrigen Eisenbahntarifen, sich wohlthätiger auswirken, je niedriger sie im Preis sind. Wenn nun eine empfindliche steuerliche Belastung mit diesem durch Erfahrung als richtig bewiesenen Grundgesetz gerade jetzt bricht, wo die öffentlichen Betriebe, während die Erwerbsgesellschaften in Substanzgewinnen der Markterückung erstickten, die Inflationsverluste nur zu geringem Teil erträgt haben, heißt das nichts anderes als einen Schlag gegen die öffentlichen und gemischt-wirtschaftlichen Betriebe führen.

Die Einzelheiten des Entwurfs bestätigen diese Auffassung. Frei von der steuerlichen Regelung bleiben gemeinnützige, kirchlichen oder mildtätigen Zwecken dienende Betriebe oder Verwaltungen. Was aber unter diese Befreiung fällt, bestimmt die immer höchst willkürlich ausfallende Durchführungsbestimmung. Neben der Reichsbank, der Goldbank und der Industrie-Obligationsbank soll auch die Rentenbank steuerfrei bleiben. Nun steht die Rentenbank in Liquidation, und man weiß nicht, ob sie nicht in kürzester Zeit das Agrar-Geldinstitut sein wird. Hier ist sicher eine Präzisierung geboten. Im anderen Falle sollen die öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen von der Körperschaftsteuer befreit werden, wenn sie sich — auf den eigentlichen Sparkassenverkehr beschränken. Die Steuerfreiheit dieser Institute, die angesichts der Notwendigkeit, wieder zu Sparkassen zu kommen, sich von selbst versteht, wird also an die Bedingung geknüpft, aus dem übrigen Geldgeschäft auszuscheiden. Das ist nichts anderes als ein ungerechtes monopolistisches Privileg für die privaten Banken und Bankiers, das diese seit Monaten fordern. Das geschieht in einem Lande, das billige Konkurrenz braucht, um zu normalen Gebräuchen im Geldgeschäft zu kommen.



Der dargestellte Leiden entspricht der Tarif. Die Zulagungssteuer (Selbstwertungsgehalt vom 20. März 1923) fällt weg. Die vorgezeichnete Kürzung der ausgeschütteten Gewinne in Höhe von 16 Prozent ist bessere Aktion eines Steuerabzuges vom Kapitalertrag, da sie auf die veranlagte Einkommensteuer angesetzt wird, also auch wegfällt. Berücksichtigt man neben anderen Ermäßigungen im Tarif noch die beträchtlichen Vorteile bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, so ergibt sich der Entwurf der Körperschaftsteuer als Neubelastung der Volkswirtschaft unter Entlastung des Besitzes!

### Die Thüringer Kreis- und Gemeinderatswahlen

fanden unter dem Zeichen einer äußeren Schwachen Wahlbestellung. Sie betrafen in einigen Orten nur 50 Prozent und noch weniger. Alle Parteien ohne Ausnahme haben darunter mehr oder weniger gelitten. Während die bürgerlichen Parteien zum Beispiel in Weimar bei den Reichstagswahlen, die jetzt zum Vergleich herangezogen werden, rund 13 300 Stimmen aufbrachten, konnten sie diesmal nur 7924 auf sich vereinen. Im gleichen Verhältnis sind auch die Stimmen der Sozialdemokratie von 3855 auf 3832 zurückgegangen. In Jena erlitten die Sozialdemokraten gegenüber der letzten Reichstagswahl einen Stimmenverlust von 16 Prozent, während die bürgerlichen Parteien 20 Prozent der früheren Stimmen einbüßten. Auch in Eisenach löst sich ein zahlenmäßiger Rückgang der Partei argenteum feststellen, während sich in anderen Orten die sozialdemokratischen Stimmen im Vergleich zu der Wahl vom 7. Dezember vermehren. So werden zum Beispiel im Altenburger Stadtrat in Zukunft 17 Sozialdemokraten und 1 Kommunist dem Vereinigten Bürgerium in Stärke von 17 Mitgliedern und 2 Demokraten gegenüberstehen. Im Stadtrat und Kreistat von Mücheln bleibt die sozialdemokratische Partei, sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsliste bestehen, 15 200 sozialistische Stimmen stehen hier 12 553 bürgerlichen, 1788 demokratischen und 2094 kommunistischen Stimmen gegenüber. Es kennzeichnet nur die Verlagerung der Reichsstärke, wenn sie von der letzten Wahlen von einem „Siege“ spricht. Dies überläßt die Sozialdemokratie hierzu Anlass, denn sie hat trotz der Barmat-Hetze und der unerbittlichen Verleumdungen gegen sie ihre bisherige Mandatszahl mit ganz geringen Ausnahmen gut behauptet.

### Verleumder-Blamage im Barmat-Ausschuß

Knapp einwöchiger Pause folgte der Preussische Untersuchungsausschuß am Sonnabend abend seine Verhandlungen fort. Vorsitzender Dr. Leibig leitete die Sitzung und erklärte, daß an Stelle des wegen seiner früheren Unterstellungen aus dem Ausschusse ausgeschiedenen Kommunisten Adolf Abgeordneter Dörr eingetreten ist. Schließlich verliest er einen Brief des früheren Handelsministers Göring, in dem die letzte Aussage des Ministers in einem Punkte berichtigt wird. Minister Göring hatte die Frage, ob auch internationale Abgeordnete sich dafür verwenden hätten, daß bestimmte Banken als Dienstbanken zugelassen werden, verneint. In seinem Brief schreibt Abgeordneter Göring, er habe nachträglich festgestellt, daß sich während seiner Amtszeit der deutsche Reichstagsabgeordnete Kasz Renhaus an ihn gewandt habe mit der Bitte, der Reichsbank die vorher abgelehnte Zulassung als Dienstbank zu verschaffen.

Als erster Junge wird dann Sozial Sach vernommen. Seilmann hatte ausgesagt, Barmat habe ihm mitgeteilt, der Bericht der Kommission I, Roth und Berlin-Burg betrafte nach einer Schätzung des Barmats 55 Millionen Mark. — Barmat — sei ein reicher Mann, da er nur 35 Millionen Mark Schulden habe. Tatsächlich soll der Bericht der Werke nur ein Drittel dieser Summe betragen haben. Auf die Fragen des Vorsitzenden erklärt der Junge: Die Sache ist glatt erledigt! — Er gibt dann an, er habe die Werte nicht auf 55, sondern nur auf 22 Millionen geschätzt. Es habe sich nur um die Grundstücke und Gebäude gehandelt. Vorsitzender: Die Mitteilung Barmats an Seilmann war also unrichtig? Junge: Ja, das ist richtig. Barmat hat auch Dritten gegenüber nie einen Wert von 55 Millionen angegeben. Er wisse aber, daß der jüngere Wert verschiedener Betriebe die Höhe seiner Schätzung wesentlich übersteigt. — Abg. Heilmann (Soz.) gibt die Frage, ob Barmat gesteht, daß er die Schätzung der Schätzung des Barmats sah, er sein Vermögen auf 55 Millionen einschätzte, zu hören. Die Schätzung des Barmats sah sollte auch nur die Unterlage bilden für die Ausgabe von Obligationen auf die Basis des geschätzten Wertes des Grund und Bodens der Werke. Diese Obligationen ließ Barmat von der Staatsbank und anderen öffentlichen Banken beschreiben. Man wird von der Staatsbank, wenn einem Direktor der Trustabteilung, auch von einzelnen Kompartimenten die Schätzung des Barmats sah als viel zu hoch bezeichnet. Es würde bei der Berechnung des Grund und Bodens kaum die Hälfte des geschätzten Wertes

ergeht werden. — Barmat sah erklärt dazu, die Selbstständigkeit von Grundstücken entsprechend erfahrungsgemäß seien dem wirklichen Wert. Die Beweisführung wendet sich dann der Frage zu, ob sich der preussische Innenminister dafür eingesetzt hat, die Parieräume des Innenministeriums an das Berlin-Burger Eisenwerk S. G., das eine im Juni 1924 dem Barmat-Konzern angegliedert wurde, zu verleihe. — Oberregierungsrat Bandmann befragt, daß am 11. Februar 1924 dem Innenminister ein Schreiben der Berlin-Burger Eisenwerke zugeht, das sich auf eine Unterredung mit dem Aufsichtsratsmitglied Rialter a. D. Dominicus bezieht und die Überlassung der Räume zu Ausstellungszwecken anweist. Das preussische Staatsministerium stimmte zunächst grundsätzlich zu, der Innenminister lehnte aber ab, weil Bedenken technischer Natur bestanden. Damit hatte sich die Sache erledigt.

Gestern gab der Vorsitzende Dr. Leibig Mitteilung von einem Schreiben des hiesigen Geheimen Dr. Gradauer, der sich gegen die Jugendstunde wendet, daß er von Barmat 1600 holländische Gulden erhalten haben soll. Es habe sich um einen wesentlich geringeren Betrag gehandelt, der ausschließlich für wohltätige Zwecke Verwendung gefunden sei. Auch der frühere Reichswirtschaftsminister Krosigk Schmid wendet sich gegen verschiedene Zeugenangaben, die ihn betreffen und bietet dem Ausschusse seine Vermehrung an. Der frühere preussische Ministerpräsident Paul Hirtz tritt mit, daß er sich weder schriftlich noch mündlich für Barmat vermeldet habe.

Oberregierungsrat Bey aus dem Büro des Reichspräsidenten, der dann als Zeuge vernommen wird, ist in diese Stellung gekommen, nachdem er vorher Privatsekretär Franz Krügers bis zum August 1919 war. Er erklärt, daß kein Krügers Oberregierungsrat für Barmat dienstlich nicht bekannt geworden. Julius Barmat habe aber einmal von dem Telefonapparat des Jungen aus ein Privatgespräch mit Krüger geführt, ohne Wissen des Reichspräsidenten und Krügers, der damals in Weimar war. Krügers Sekretär habe er, der Junge, ihn erst von diesem Zusammenhang unterrichtet. Krüger sei am 15. August 1919 aus dem Büro des Reichspräsidenten ausgeschieden. — Abg. Dr. Karhold (Deutschnat.): Das kann nicht stimmen, denn ein Geschäftsbesorger, in dem Krüger Geschäftsbeziehungen für einen Angehörigen Barmats nachsucht, ist am 26. August d. J. Der Junge erklärt darauf, Krüger habe die von ihm bearbeiteten Verwaltungssachen auch nach seinem fernwärtigen Austritt bis zur Einleitung weitergeführt.

Dann wird der Junge Baureicher vernommen. Vorsitzender: Es wird behauptet, daß Sie 1919 innerhalb der SPD auf Beziehungen zwischen Barmat und der SPD hingewiesen haben? — Baureicher: Meine Beziehungen beziehen sich lediglich auf Clara. — Vorsitzender: Hier handelt es sich um Barmat. — Baureicher: Ich kenne keinen Barmat, habe niemals mit ihm in Beziehungen gestanden. Ich habe damals nur förmliche Niederlegungen gemacht, die im Herrn Seilmann gegeben wurden. Seit jenen Jahren habe ich keine Stelle mehr gefunden. Ich weiß nichts über den Fall Barmat nichts. — Abg. Künze (Deutschnat.): Der Junge David hat behauptet, daß Sie über die Geschichte der deutschen Grundbesitzer etwas Besondere aussagen könnten, an denen nachgehende Führer der Sozialdemokratie, sogar Herr Dörr selbst, beteiligt gewesen seien. — Junge Baureicher: Die letztere Behauptung ist auf jeden Fall unrichtig. — Abg. Künze (Deutschnat.): Der Junge David hat doch den Fall Clara in der Ausführung dem Barmat übernommen habe. — Junge Baureicher: Davon habe ich nichts gehört.

Im Schluß der Sitzung beschloß der Ausschuß, den Zeugen Baureicher am Mittwoch noch einmal in Gegenwart von Davidsohn und Seilmann zu vernehmen.

### Aus dem Reich.

Bei der Bundesratssitzung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vor gestern nach folgendem Telegramm des Reichspräsidenten eingegangen: „Den zur Feier des einjährigen Bestehens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg veranlassenden deutschen und österreichischen Volksgenossen danke ich für ihr Engagement und ihre Grüße. Dem Reichsbanner breche ich an diesem ersten Jahrestage meine besten Wünsche aus für seine Weiterentwicklung und die Erfüllung seiner großen staatspolitischen Aufgaben. — Reichspräsident Ebert.“

Reichsbanner demnachert auch im jüdischen Pommeran! Aus Greifswald wird mitgeteilt: Die Reichsbanner-Organisationen des gesamten Bezirks Pommerns versammeln sich am Sonntag in Greifswald, der Gedächtnisfeier der Pommeraner Republik. Weit über tausend Reichsbannermitglieder werden aus der jüdischen Reichsbannerorganisation aus dem Reich der Pommeraner Republik her zum Reichsbanner nach der Stadt ein impetiver Anruf der Republikaner hat, denen sich zahlreiche Reichsbannermitglieder anschließen. Im Anschluß daran sprach in der Stadt gehaltenen Greifswalder Stadthalle der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer unter lebhaftem Beifall. Der

Schicksal im Bund und andere rechtstehende Verhältnisse hatten für ganz Pommeran zu einer Gegend gebung aufgerufen. Der Landtag wurde auf Landtag wagen seine neue nach Greifswald. Die Zahl der Banner-Demonstration übertraf jedoch die Zahl der Teilnehmer der Gegendungsbewegung. Die Demonstration der Reichsbannermitglieder unterließ jeder Pommeraner. Der Dank der „Nationalen“. Der Schriftsteller Ernst Schmidt in seinem, in wöchentlichen Reden gehaltenen und in „Moral der Kraft“ über die Reichsbanner. „Aber ich würde keine Tappert im Reich. Allgemeinwohl eine bessere Beteiligung eines Reichsbanner hat, auch hier hat kein Reich, keinen Menschen als Kruppel oder Krone, keinen Mann fallen. Was er tapfer genug, seine Gesundheit, sein Leben auf Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Seite des Lebens, den letzten Rest seines Lebens nicht in Selbstmord in die einzige Heldentat, die in diesen Tagen und Schwächlingen übrig bleibt.“

So ist es richtig. Die wöchentlichen „Helden“, die es im Reich verstanden haben, sich vor dem Reichsbanner zu stellen, wollen die Opfer ihrer Kriegsehrlichkeit bezeugen, die deutlich durch ihr Leben gegen den Krieg sind. Wieder eine erfolgreiche Schmutzerei gegen Seering. Ein Mitglied der Reichsbanner, darunter die „Menschliche Tagespost“ (Neuchâtel, O. R.), bringt unter dem Titel: „Der neue Senat“ und „Der neue Senat“ eine Telegramme aus Berlin, nach denen die neue Staatsbankrott verweigert. In die eine Firma, die in Langen bei Detmold und Kaufmann Seering in Seering verwickelt seien. Minister Seering habe von Herrn Seering Liebesgabenpakete erhalten und dieser Herr Seering sei ein der preussischen Betriebe. Die Reichsbanner würden mit der Seering zum Entschließen der Seering gegen Seering holen, und davon, wie Seering sich aus dieser Sache „erhalten“ werde, werde sein Verbleiben im Kabinett abhängen.

Hierzu ist zu erklären, daß es sich um eine politische Unanständigkeit von Herrn Seering handelt, sondern um ein bei diesem Namen lediglich um einen einträglichen Geschäftsbetrieb mit keiner Frau, der kaufmännischen Geschäftsbetrieb und ein Seering der Minister Seering. Minister, mit dessen Vater Herr Seering schon verheiratet war, mit dem er auch nur eine rein persönliche Bekanntschaft die Spur eines unethischen Verhaltens, ist weder Krüger noch als Verkäufer oder als Vermittler, alle in keiner irgendwie gearteten Hinsicht einen preussischen Betrieb tätig gewesen. Es handelt sich demnach hier um ein Selbstgespräch wie Verleumdung eines Mannes politisch vertrieben Minister infam persönliche Verleumdungen zu Fall bringen wollen.

Weiter die Wiederholung der kaiserlichen Grundbesitzerfrage und des Vermögensfrage ist am 9. Februar d. J. ein ministerialbeschlüssig ergangen, der dem Amtlichen Reichsbannerbeschlüssig folgende wörtlichen Wortlaut hat:

„Soweit die kaiserliche Steuer von Grundbesitzern der staatliche Haussteuer gestundet ist, kann der Finanzminister gestundeten Beträge ganz oder teilweise niederlegen, wenn Genehmigung der kaiserlichen Steuer eine erhebliche Härte nach sich ziehen würde. Der Finanzminister kann die Befugnis zur Niederlegung auf ihn unterliegende Behörden übertragen.“

Zu diesem Staatsministerialbeschlüssig macht der Reichsbannerminister längere Ausführungen, aus denen folgendes zu entnehmen ist:

Die Niederlegung der Steuer ist bisher nur möglich gewesen, wenn die Beitreibung der Steuer ein solches Maß erreicht hat, wenn feststeht, daß die Steuer nicht mehr zu zahlen ist, oder wenn Kasse der Beitreibung außer Verhältnis zu dem ursprünglichen Betrage stehen. In Betracht dessen, daß die Beitreibung Grundvermögenssteuer und der Haussteuer wegen der Charakteristik der Zwangsversteigerung in das Grundbuch möglich ist, bedeutet der vorstehende Staatsministerialbeschlüssig die Erweiterung der bisherigen Bestimmungen, daß die Zwangsversteigerung nunmehr angehen und bei Gefahr einer heftigen Härte der Steuerbetrag niedergelegt werden kann. Eine erhebliche Härte im Sinne des Staatsministerialbeschlüssig liegt insbesondere vor, wenn im Falle der Aufnahme des Grundbesitzers die Zwangsversteigerung die Grundbesitzer Steuer erfüllen müßte und dadurch das wirtschaftliche Wohlbefinden der Steuerpflichtigen gefährdet werden würde. Die Steuerunterschiede demnach begründet, daß der Minister dem Grundbesitzereigentümer die Steuer ganz oder teilweise nicht zu zahlen vermöge ist die Niederlegung davon abhängig zu machen, ob eine betragsmäßige Härte im Sinne des Staatsministerialbeschlüssig vorliegt. Die Niederlegung der Steuer ist eine erhebliche Härte, wenn durch Gewährung von Kasse die Zahlung der Steuer im Grundbuch ohne Gefahr für das wirtschaftliche Wohlbefinden der Steuerpflichtigen innerhalb des folgenden Rechnungsjahres ermöglicht werden kann. Ebenso kann eine teilweise Niederlegung der Steuer erfolgen, wenn die wirtschaftliche Lage des Grundbesitzers die Zahlung eines Teiles der gestundeten Steuer zu ermöglichen gestattet.

### Der Mann, der die Stadt plünderte.

Roman von Sven Eisebach.

201  
„Wer hat Ihnen diese Anweisung gegeben?“ fragte Krag. „Der Herr, der Sie ertrug.“  
„Er ist tot?“  
„Nein.“  
„Woher ist er tot?“  
„Nein.“  
Der Richter fragte die beiden Herren das ganze Gericht, wo die weitere Begleitung von einem reisenden Kellner übernommen wurde, der sie mit einer Berührung durch den Speisekart in das der Speisekammer führte.  
Der Kellner sagte an der Tür: „Wünschen die Herren etwas?“ fragte er. „Nein, danke.“ Der Kellner ging fort. Als die beiden allein geblieben waren, sah der Kellner Krag an und lächelte.  
„Wissen Sie was?“ sagte er, „das gehört mit zum Kellnerberuf, was ich so erlebt habe.“  
Krag fand ein Herber und betrachtete mit lächelndem Interesse das Leiden auf der Straße. Der Herr Hotel war ein Mann, an dem sich Krag interessierte.  
Krag brachte sich schnell zu dem Kellner an. „Nein“, antwortete er, „das ist eine gute Anweisung.“ Das Ganze ist mit dem Kellner ein Mann. Er hat ein Glas in einem Mann, das er mir in den Mund geschoben hat. Er hat mich, wenn er mich sieht, er hat mich in den Mund geschoben hat. Er hat mich, wenn er mich sieht, er hat mich in den Mund geschoben hat.  
„Sie sind ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Ja, wie ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Sie sind ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Ja, wie ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“

Der Kellner machte ein verächtliches Gesicht und wollte sich zurückziehen. Aber Krag hielt ihn durch eine Handbewegung zurück. „Hören Sie mal“, sagte er zu ihm, „wünschen Sie mir?“  
Der Kellner tat es. Und dann erklärte Krag, seine Uhr herzugeben.  
„Hören Sie Herr. Die Zeit ist wertvoll, was haben Sie mir mitzuteilen?“  
Krag sagte Krag betraute den reuigen Kellner mit dem Kellner. „Ich habe ein Geschäft, das ich Ihnen mitteilen möchte.“  
Der Kellner fragte an. „Mit dem Geld?“ rief er erstaunt. „Mit dem Geld?“ er antwortete ihm mit hoch noch nie vernommenem.  
„Ich verleihe Ihnen“, erwiderte Krag, „es ist ein sehr angenehmer Herr. Sie sind ein Mann, wie kein Geschäft vor Entgegenkommen und Selbstverleugung.“  
Aber das Geschäft des Kellners lautete von nichts anderem als Lebensversicherung. Jetzt war es ganz unverständlich, aber er sagte sich schnell zusammenzunehmen, und nachdem er die Geschichte in eine gute Geschichte hatte, verdrängte er sich vor Krag und sagte:  
„Sie sind mir sehr dankbar, mein Herr. Ich bewundere Sie.“  
„Wissen Sie was?“ sagte er, „das gehört mit zum Kellnerberuf, was ich so erlebt habe.“  
Krag fand ein Herber und betrachtete mit lächelndem Interesse das Leiden auf der Straße. Der Herr Hotel war ein Mann, an dem sich Krag interessierte.  
Krag brachte sich schnell zu dem Kellner an. „Nein“, antwortete er, „das ist eine gute Anweisung.“ Das Ganze ist mit dem Kellner ein Mann. Er hat ein Glas in einem Mann, das er mir in den Mund geschoben hat. Er hat mich, wenn er mich sieht, er hat mich in den Mund geschoben hat.  
„Sie sind ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Ja, wie ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Sie sind ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Ja, wie ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“

„Ach so!“ Krag lächelte, während der Kellner sich schloß auf die Tür zuging.  
„Wollen die Leute uns einfallen?“  
Der Kellner trat ihm in den Weg. „Nein“, sagte er. „Die Herren sind ja zwei gegen einen. Aber bedenken Sie, Kellner. Sie können den Mann zusehen, mit dem ich Sie Kellner. Was werden Sie damit erreichen?“  
„Darüber können wir uns später unterhalten“, erwiderte der Kellner. „Bonn Gerichtshof. Das ist der rechte Ort dafür.“  
„Sehr richtig! Aber da Sie sich hierher bemüht haben, mit uns zu sprechen (er betonte das „uns“), liegt es mir sehr daran, daß Sie hören, was ich zu sagen habe.“  
Der Kellner sah Krag an. Dieser sagte: „Als der Kellner sagte, daß er vorläufig Abendzeit gewonnen hat, sagte er sich an den Tisch und hat die andere durch eine Bewegung, Platz zu nehmen.“  
Krag legte die Uhr vor sich hin und behielt sie die Zeit im Auge, als ob er erwartete, daß sich zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas ereignen würde.  
Der Kellner, der jetzt seine ganze Aufmerksamkeit wiederzunehmen hatte, sah Krag abermals an und sagte: „Wissen Sie was?“ sagte er, „das gehört mit zum Kellnerberuf, was ich so erlebt habe.“  
Krag fand ein Herber und betrachtete mit lächelndem Interesse das Leiden auf der Straße. Der Herr Hotel war ein Mann, an dem sich Krag interessierte.  
Krag brachte sich schnell zu dem Kellner an. „Nein“, antwortete er, „das ist eine gute Anweisung.“ Das Ganze ist mit dem Kellner ein Mann. Er hat ein Glas in einem Mann, das er mir in den Mund geschoben hat. Er hat mich, wenn er mich sieht, er hat mich in den Mund geschoben hat.  
„Sie sind ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Ja, wie ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Sie sind ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“  
„Ja, wie ein Mann, der sich nicht ein Glas in den Mund geschoben hat.“



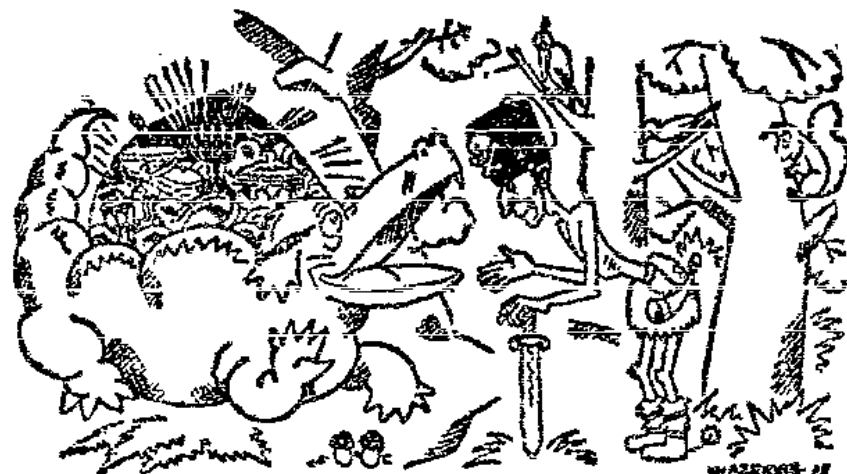
# Wirtschaftskrieg mit Rumänien.

Schreibt uns ein Mitarbeiter aus Bukarest:

Seit der Rückkehr des Finanzministers Bratianu von der Pariser Finanzkonferenz erleben wir hier täglich in Kammer und Presse erregte Diskussionen besonders über das Verhältnis zu Deutschland. War es Bratianu selber, auf der Konferenz im wesentlichen Rumänien betreffend, der Späner Verteilungsschlüssels, so gingen doch die Diskussionen auf ein Problem nicht ein, das, zumal nach der wiederholten Ablehnung der rumänischen Auslandsleihe die Devisenknappheit sehr heftig ist. Für die ungebedeckte Banknoten Ausgabe der Banca Generala während der Okkupationszeit stellt Rumänien noch 5 Milliarden Goldleiherforderungen an Deutschland. Im Ausgleich wurde nach Friedensschluss von Dornburg ein Vertrag über den Ruhrkrieg aufgeschoben. Die Opposition tobt nun, daß die Regierung zwei Jahre wartet und selbst zum Dawesplan geschwiegen hätte. Dem nun stellt sich die Reichsregierung auf den Standpunkt, die Voraussetzung des Dawes-Gutachtens sei, daß Deutschland keinen anderen finanziellen Verpflichtungen nachkommen habe. Die rumänische Regierung dagegen behauptet, daß ihre Forderungen gänzlich mit den Reparationen zu tun haben, sondern Staatsschulden seien, die selbstverständlich abgezahlt werden müßten. Hierüber findet seit zwei Wochen ein reger Notenaustrich statt, und schon so scharfe Formen nahm, daß Bratianu in der Kammer die Drohung des Wirtschaftskrieges aussprach. Rumänien will Art. 18 des Versailler Vertrages in Anwendung bringen und deutsches Vermögen rücksichtslos beschlagnahmen. Allen Zollämtern ist bereits ein neuer Zolltarif für deutsche Waren (das dreifache des bisherigen) und 26 Prozent Wertzoll) zugestellt. Eine neue Ausweisungsepidemie hat eingeleitet. Alle staatlichen Aufträge an deutsche Firmen sind zurückgezogen und eingestellt. Die Konsulate haben schon ihre Koffer gepackt. Eine nationalistische Welle der Entrüstung geht durchs ganze Land.

Die Opposition benutzte diese Gelegenheit, die heilige Vermittlung in der rumänischen Reparationspolitik anzudeuten. Nichterne Ueberlegung muß zeigen, daß jeder Wirtschaftskrieg ein Unbündnis ist. Selbst der Finanzminister mußte zugeben, daß das deutsche Vermögen in Rumänien heute nur noch einige Millionen Papierleihe beträgt. Die Anteile der Deutschen Bank an der Siebenbürgischen Erdgas-Gesellschaft, die heute unter staatlicher Verwaltung steht, sind längst in der Schweiz veräußert. Die Beteiligung des Siemens-Konzerns an den Elektrizitätswerken in Udab ist nicht recht faßbar. Natürlich ist der Anteil deutschen Kapitals an rumänischen Unternehmungen, besonders im Petroleumgebiet, bedeutend größer. Die nationalistische Wirtschaftspolitik der „Liberale“, deren Prinzip ist, die gesamte Industrie nicht für den Staat, sondern für rumänische Staatsangehörige zu monopolisieren, trieb so das ausländische Kapital, das sich unter den verschiedensten Decknamen im Lande zu verschleiern sucht, was seine Erziehung jetzt natürlich unendlich macht. Eine Million Ausland-Deutscher gehört jetzt zur rumänischen Staatsbürgerschaft. Abgesehen von der Schwierigkeit, deutsches Vermögen in Rumänien zu erfassen, kommt noch dazu, daß selbst nach rumänischer Erklärung die deutsche Einfuhr fast wieder den Vorkriegsstand erreicht. Rumänien's Ausfuhr dagegen ging neuerdings zurück. Heute ist dieses Agrarland sogar gezwungen, die gesamten Getreidevorräte zu beschlagnahmen und wir stehen unmittelbar vor der Einfuhr amerikanischer Weizen, was sofort Angleichung an die Weltmarktpreise und weitere Feuerung zur Folge haben wird. Rumänien ist auf die deutsche Einfuhr von Medikamenten, Eisenwaren, Chemikalien, Rauchwaren angewiesen. Deutsche Geschäfte stellen die Petroleumgebiete wieder her. Ohne ihre Maschinenlieferungen, ihre Kaufmannschaft und Erlöse würde die Erdölproduktion große Verluste erleiden. Rumänien wird also

# Der neue Siegfried.



„Nun sei mal kein Feind, lieber Drache, und rücke den Silberhohlg heraus!“  
„Nichts zu machen! Wir sind hier Reichsbesatz und nicht etwa Seehandlung!“

lehten Endes der leidtragende Teil bei diesem Wirtschaftskrieg sein.

Man traut hier der Reichsregierung nicht viel Geschicklichkeit in der Behandlung der Alliierten zu, von denen letzten Endes die Entwicklung angesichts ihrer Stellung im Völkerbund und in der Nachpolitik abhängt. Darauf ruht das Vorgehen der liberalen Regierung, die so wieder die Volkseindigkeit aufstacheln und ihr Regime befestigen kann. Die Hoffnung auf einen Sturz der Liberalen und eine demokratische Einigung ist wieder verschoben.

Wie der „N. O.“ aus Bukarest mitteilt, hat der rumänische Außenminister Duca demissioniert.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Der Zustand des Genossen Wanting hat sich im Laufe des Sonntags so verschlimmert, daß die Ärzte jetzt von einer dringenden notwendigen Operation absehen mußten. Es ist für die nächsten Stunden das Schlimmste zu befürchten.

Der König von England ist an einer schweren Bronchitis erkrankt. Er tritt voraussichtlich nach Besserung eine lange Erholungsreise an.

Eine Niederlage Polens im Völkerbund. Die juristischen Sachverständigen des Völkerbundes haben eine Entscheidung ausgeprochen, die der einstige General-Saking, der frühere Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, unter dem 12. Dezember 1922 getroffen hat und in der Polen das Recht abgeprochen wird, im Gebiete des Freistaates Danzig eine Eisenbahndirektion für die unterhalb Danzigs liegenden polnischen Eisenbahnen zu unterhalten. Diese Entscheidung wird dem Völkerbundsrat im März unterbreitet werden. Wie verlautet, will Polen auf Grund dieser Entscheidung seine Eisenbahndirektion nach Bromberg verlegen.

Veränderungen im polnischen Kabinett. Der Streit zwischen dem Vizepremier Thugutt und dem Minister des Innern Smolaski über die in den Ostmarken zu befolgende Politik (es handelte sich besonders um die Besatzungspolitik) ist inzwischen entschieden. Der Vizepremier Thugutt, der bereits mit seiner Demission drohte, bleibt, während Smolaski, der Vertreter der radikalen politischen Demokratie, wie man hört, seinen Abschied nimmt. Wie in Smolaskis Resignation, wird der Bruder des Ministerpräsidenten, Professor Stanislaus Grabski, nach seinem Erfolg beim Abschluß des Kontrats jetzt in das Kabinett als Unterrichtsminister einziehen. Im Zusammenhang damit werde der Handelsminister Kiedron, der ein Schwager Grabskis ist, zurücktreten, damit der verwandtschaftliche Einfluß im Kabinett nicht allzu deutlich hervortrete.

Der Zusammentritt der nächsten Konferenz der Kleinen Entente wurde für den 15. März in Bukarest festgelegt. Die drei Außenminister werden vor allem den verschiedenen Stimmungen Beachtung schenken, welche der Sitzung einer wirtschaftlichen Konföderation zutreiben. Die Tschechoslowakei und das Königreich SyS sind fest entschlossen, jedem Besuche, eine politische oder wirtschaftliche Verbindung der mitteleuropäischen Staaten zustande zu bringen, mit allen aus den künftigen Mitteln zu begeben. Die russische Frage wird diesmal keine besondere Förderung unterzogen werden, es soll lediglich die Kundgebung der vorigen Konferenz wiederholt werden, wonach sich der Staat in Bezug auf die Regelung seiner Beziehungen zu Sowjetrußland freie Hand vorbehält. Gleich darauf wird dann die tschecho-

slowakische Remitt bis angeführte Anerkennung der Union der Sowjetrepubliken ausgesprochen. Besondere Verhandlungsgegenstände behandeln die intensiveren Habsburgerpropaganda in Ungarn und die Frage der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Bulgarien. In Bezug auf die monarchistische Agitation in Budapest herrscht in allen drei verbündeten Staaten volle Einmütigkeit während die Meinungen in Bezug auf Bulgarien geteilt sind. Ausdrücklich unterläßt die Besatzung der bulgarischen Wehrmacht vom Standpunkt seiner Lage in der bulgarischen Wehrmacht, während Jugoslawien in der Stärkung der bulgarischen Wehrmacht eine Gefährdung seines Standpunktes hinsichtlich Mazedoniens befürchtet. Endlich wird die Nachricht bekümmert, daß Rumänien die Frage der Errichtung der Dringensflotte in das Schwarze Meer auf der Konferenz zur Sprache bringen will.

Ita will wieder nach Ungarn. Nach einer Darstellung der sozialdemokratischen „Neumann“ versuchen die ungarischen Demokraten zuerst, unter allen Umständen der Forderung des früheren Königs Karl die Rückkehr nach Ungarn zu ermöglichen. Ministerpräsident Graf Bethlen soll sich mit dem Kaiserlichen Gilt und ihrer Kinder nach Ungarn einverleiben lassen wollen, wenn daraus keine internationalen Komplikationen erwachsen. Bekanntlich ist der Hauptgegner der Rückkehr Kaiser Karls Reichsverweiger Admiral Hortin gewesen, der es selbst von den Monarchisten vergöttern zu lassen und

## Zweitkampf der Kommunisten im Tschechenland.

Der Ausschluß des Abg. Budnik aus der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hat eine Offenbarungsaktion, opportunistischen gegen den linken Flügel, der die Partei im Moment beherrscht, zur Folge. Die Brüner Vertrauensleute der Partei protestieren gegen den Ausschluß des Abg. Budnik und haben sich der Leitung des Brüner Parteizentrums angeschlossen. Außerdem die Gruppe der mit der Parteileitung unzufriedenen kommunisten ein eigenes Organ zur Verfügung hat, um die Partei, wie wir hören, in parlamentarischen Kreisen ein Wort zu sagen. Die Revolution innerhalb der Partei: Der Ausschluß des Abg. Budnik, der seinen Austritt aus der Partei vom Präsidium des Abgeordnetenhauses bekräftigt. Die kommunistische Partei geht dahin, daß die Abgeordneten Roucek, Komny, Merza, Tella, Aucera und Tomici seinem Schritt folgen werden. Die numerische Stärke der neuen kommunistischen Fraktion wird nicht mit acht Abgeordneten bemessen. Der Ausschluß für die alte Partei einen Rückgang ihrer Stärke auf sechs Mandate. Abg. Dr. Smeral, der bis zum letzten Moment Mitglied der Partei war, wird als auf beiden Seiten unparteiisch angesehen, weil er gegenwärtig weder das Vertrauen der Linken, noch auch der Rechten genießt.

Politisch interessant sind die Motive, die Abg. Wurmbrunn seinen Austritt zurücklegt. Es sei notwendig, zu betonen, welche Bedeutung Budnik in der Partei zuzum. Er sei immer mit der wirklichen Parteileitung verbunden gewesen und darum unter der Arbeiterpartei mehr bekannt als die Genossen des politischen Parteibüros zusammengewickelt. Der Parteitag habe seinen eigenen Bescheid, das Organisationsstatut, mit Füßen getreten. Gegen den linken Vorstand der Statuten, entgegen allen Traditionen proletarischer Verhandlungen und gegen die beste Ueberzeugung der Mehrzahl der Delegierten, sei eine Parteiverteilung durch schwindelhafte Handhabung der Geschäftsordnung durchgeführt worden, eine Verzerrung, deren Mitglieder zum Teil überhaupt unbekannt, unbestimmt und unerwünscht seien. Die Vertreter der III. Internationale hätten die Wahl einer linken Parteiverteilung angedeutet und diktatorisch verfahren. Es genüge, einzusehen, daß man links sehr, um in die Parteiverteilung hinein zu kommen. Dann seien aber auch solche hineingekommen, die an etwas ganz Besonderes dachten, an die Karriere, die politische Spekulation: Provinzialsekretäre, Redakteure und andere. Daraus resultierte eine Gesellschaft, die ohne Vertrauen, ohne innere Parteilichkeit und ohne Qualitäten so jämmerlich die allerhöchste Clemente entfaltete, die zu finden waren.

Es sei heute ein offenes Geheimnis unter den kommunistischen Arbeitern, daß Mitglieder der höchsten Parteiführung bejahlte Spies im Prager Parteipräsidium abgeben. Es sei zur Gewohnheit geworden, in den Parteidiskussionen jede Charakterlosigkeit mit dem Hinweis auf die zentralistische Disziplin, auf die 21 Punkte Sinowjews oder auf den Leninismus abzumachen. Die Sache über die Diktatur des Proletariats und die Revolution seien zu eingepackten Formeln geworden, die ohne Spur von einem geistigen Inhalt von den Arbeitern heruntergeleitet werden. Gerade die ideologische Krise, in der sich die Dritte Internationale befindet, wäre durch rücksichtslose und offene Diskussion auf wissenschaftlicher Grundlage zu erledigen gewesen. Auf keinen Fall könne man einer Theorie, die zusammengekauften Begriffen, dadurch aufhelfen, daß man sie als Glaubenssatz erklärt.

**Zahnpasta selbst zu bereiten!**  
Wenn Sie die nasse Zahnbürste in  
**Dr. Bahr's „Zahnpulver Nr. 23“**  
eintauchen, dann bereiten Sie sich selbst frische, aromatische Zahnpasta. Sie verschüden jeden Ärger mit der Tubenpackung und pflegen Ihre Zähne nach fachärztlicher Vorschrift ohne schädliche Chemikalien. In allen Apotheken und Drogerien.

# Aus aller Welt.

## Finanzverhältnisse.

Wie groß ist die Forderungslast? Das heißt, wie viele von den Gläubigern ihre Forderungen ab, hat sich über die persönliche Bereicherung zu freuen? Auch ohne die Berliner Statistik, die jetzt bekannt gegeben wurde, kann man sich denken, daß diese Forderungslast heute nicht sehr groß sein wird. In der Welt der Not, in der Welt, in der alles auf den Zwang zur persönlichen wirtschaftlichen Bereicherung eingestellt ist, ist die Bedeutung groß. Und so liefern denn in Berlin unter 100 Forderungen nur 15 den gefundenen Gegenstand an die zuständigen Stellen ab. Das ist erwieben: Je größer die wirtschaftliche Not, um so größer die Zahl der Diebstähle. Eine vergleichende Statistik der Forderungslast, wenn wir sie hätten, würde zweifellos das gleiche Resultat aufweisen, nicht nur in Berlin, sondern auch anderswo.

## Eisenbahnverkehr im Ruhrgebiet.

Gestern mittag entlegte im Bahnhof Oberhausen-Reit ein Zug, wobei der Fahrer des Zuges und ein Schaffner getötet wurden.

## Schweren aus Dollartus.

Der Versuch der Inflationisten auf die Gebirgsregionen wird noch einmal veranschaulicht durch die letzte Statistik über die Zahl der Geburten in den 46 deutschen Großstädten. Im 3. Vierteljahr 1924 betrug die Zahl der Geburten 5517 oder auf das Tausend des Einwohner 14,5 mehr als im gleichen Vierteljahr 1923, wo es 14 von Tausend waren. Gegen das gleiche Vierteljahr 1922, das 15,4 aufwies, liegt dagegen ein Rückgang vor. Die geringste Differenz unter den Wochen hatte die letzte Geburtswoche, unter den Monaten der August. Diesen entspricht der Gegenstand der November 1923, in dem der Dollartus um 130 auf 2900 Witzlerden stieg!

Der Versuch der Inflationisten auf die Gebirgsregionen wird noch einmal veranschaulicht durch die letzte Statistik über die Zahl der Geburten in den 46 deutschen Großstädten.

demer Hinfemann-Standal verwarf am 20. Februar das Oberlandesgericht die Revision, hob das seinerzeit vom Amtsgericht gegen einen der Teilnehmer wegen Pfeißens auf einem Schiffe ausgesprochene Urteil (30 Mark Geldstrafe) auf und verwies den Fall ans Amtsgericht zurück. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß sich die Demonstranten gegen einen Angriff auf ihr Nationalgefühl gewehrt hätten und daß nach der Nachprüfung der Notwehrparagrafen auch bei Angriffen auf Geschäftsgüter in Frage komme. Die Staatsanwaltschaft verzicht hingegen den Standpunkt, daß keine Notwehr vorgelegen habe, da diese sich nur gegen den Dichter hätte richten dürfen, nicht aber gegen die ihren Beruf ausübenden Schauspielere, daß vielmehr ein Eingriff in die Rechte dritter, nämlich in die des übrigen Publikums, erfolgt sei. Schließlich hätte man eine vornehmerer Form des Protestes finden müssen.

Wozu als Unbefangener bei dem Hinfemann-Standal zu gegen war — ganz gleich, wie er Lollens „Hinfemann“ vom literarischen oder ethischen Standpunkt beurteilt und wie er sich zum Recht des Theaterpublikums auf Beifalls- oder Mißfallenäußerungen stellt —, wird so meint der Dresdener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, für den Spruch der Revisionsinstanz kein Vorwand zu aufbringen können. Notwehr bei Angriffen auf Geschäftsgüter lag insofern nicht vor, als die Demonstration nachweisbar von langer Hand vorbereitet war. Dieser Punkt wurde in dem Revisionsverfahren nicht berührt.

## Das Reigerdenkmal der Stadt Wien — eine Warnung der Menschheit.

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, auf der großen Reigerdenkmalung nicht den Zentralfriedhof, wo über 30000 Opfer des Weltkrieges begraben liegen, ein würdiges Denkmal zu errichten. Das Reigerdenkmal der sozialdemokratischen Unterstufenkommission sollte Dr. Landner, welcher unter anderem ausführt: „Wir haben uns entschlossen, eine Denkmalschule zu errichten, die den Tausenden die Trauer der Mütter um alle ihre Kinder, die dort bestanden sind, verkörpern soll. In diesem Denkmal sollen die Menschen nicht nur um die Taten, sondern auch um die Gedanken der großen Menschen, die dort bestanden sind, zu sehen.“

Menschliches liegt. Die weinende Frau sagt uns alles, was die ganze leidende Menschheit denkt. Sie will den Frieden. Das Denkmal soll eine Warnung sein, die Menschheit neuerlich in ein solches Unglück zu stürzen. Mit der Ausführung wurde der Wiener Bildhauer Anton Hananl beauftragt, von dem auch der Entwurf stammt.

## Ein doppelter „J. R. 3“.

Der frühere Zepplin-Konstrukteur der Zepplinwerke in Friedrichshagen, Dr. Carl R. 3, der bekanntlich die Wüste für eine Reichweite von Zepplinen, darunter auch für den Amerika-Zepplin, entworfen hat, ist nun der „Goodyear-Zepplin Corporation“ in Akron mit dem Entwurf des größten Karren Luftschiffes, das je gebaut worden ist betraut worden. Das Schiff soll doppelt so groß wie der „J. R. 3“ sein und 5 Millionen Kubikfuß Gasgehalt haben. Die Motoren werden 4000 PS entwickeln. Das neue Luftschiff soll regelmäßige Zweifachfahrten zwischen London und Kenyot und zurück ausführen.

## Die Verletzung des Meeresspaters durch Del.

Vor einigen Tagen wurde die Küste von Dover in antike jamaer Weise heron erinnert, daß nun das Vorkommen der Verletzung des Meeresspaters abzuholen begonnen hat. Denn von den Wellen und dem Wind wurde Del in solchen Quantitäten ans Ufer gespült, daß der terrassierte Küstendamm in „Freudenfeuer“ längs der Küste verbrannt werden mußte. In der „Times“ wurde nachgewiesen, daß auch die Küsten Amerikas diese Gefahren zu schmecken bekommen haben. Abgesehen davon, daß durch die Bodenlinie die Entensalze wasserrecht gemacht werden, wirkt über diese appetitliche Erregung der Technik auf die Meeresspaters geradezu verheerend. Die Delphin ist die am stärksten gefährliche, auch den Fischern und Tieren damit größten Schaden, auch den Fischern. Del hat die Gefahr, sich als mittelgroße dünne „Fäden“ über unabsehbare Strecken auszuweiden. Auch von einer Schädigung der Unterwasserwelt ist schon gesprochen. Von geschädigten Tieren wird nicht anders erwähnt, innerhalb einer Zone von 100 Meilen vor den Küsten des Ausflusses von Delawareflüssen als bei Delphin. In Delawareflüssen wird die Gefahr, die Delphin als so groß befürchtet, daß bald an die Einbringung einer internationalen Meeresspaters-Verordnung zu denken ist.







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Februar.

### Sozialdemokratische Partei.

**Wahlleiter.** Wir weisen nochmals auf die am Sonntag, den 23. Februar, um 10 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende Frauenkonferenz hin und bitten die noch nicht erschienenen, um sofortige Angabe der Namen der Genossinnen, die dazu delegiert worden sind.

**SPD-Veranstaltung.** Die für heute abend vorgezeichnete Veranstaltung muß zwingender Gründe wegen verschoben werden und findet am Donnerstag, den 26. Februar, statt. Die Veranstaltung beginnt um 8 Uhr mit einer wichtigen Sitzung des Parteivorstandes. Heute abend 6 Uhr wichtige Sitzung des Parteivorstandes.

**Sozialistische Studenten.** Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr, Versammlung im Saale des „Goldenen Speiers“, im Gebäude 24, II. Tagesordnung: Sachungsentwurf. Im Anbetracht der Wichtigkeit der Veranstaltung des Bundesrats.

### Sozialistische Kommunalpolitik.

Die Deutsche Volkspartei hat auch die Deutsches Volkspartei sich zur Aufgabe einer Halbmonatschrift für Kommunalpolitik entschlossen. Sie erscheint unter dem Titel „Kommunale Umwälzung“ und wird jeden Monats. Die erste Nummer im Umfang von 20 Seiten läßt sofort symptomatisch erkennen, wieviel wichtiger die Beziehungen zwischen der Volkspartei und der Kommunalpolitik sind. Zwar rechnen sich eine Reihe bekannter sozialistischer Intellektuelle und als Beobachter einzelner sozialistischer Bedürfnisse einzelner Gruppen so sehr an die Kommunalpolitik an, daß eine Verbindung zwischen ihnen und den Bedürfnissen der Gemeinde nur sehr schwer herzustellen ist. Im übrigen haben alle bisherigen Tagungen und Versammlungen gerade der Volkspartei gezeigt, daß in keiner Richtung so wenig Übereinstimmung über kommunale Fragen besteht, wie in der Volkspartei. Wir Sozialdemokraten können es nur begrüßen, wenn auch die Gegner den Versuch machen, ihre politischen Gedankengänge zusammenhängend darzustellen, um so leichter wird der Kampf mit ihnen sein. Weisheit ist die Volkspartei beherrscht, zeigt neben vielen Einzelheiten bereits der ersten Nummer ein Bericht über eine kommunalpolitische Tagung in Weßfalen. Dort wird aus-

Das Gefühl der Verantwortung, das Stein durch die Verarmung zu höheren Aufgaben erziehen und härteren Kampfs ab und wird vollständig untergraben. Wir sehen auch die Steuerpolitik sich auswaschen zu einer Konfession des Privateigentums. Jede Steuerbewilligung in den Gemeindefinanzverhältnissen läßt deutlich erkennen, daß der Zentralismus sozialistische Arbeit leistet. Ein Mittel ist, den sozialistischen Staatsgedanken in die Gemeinden zu bringen. Bei der Förderung des Themas „Wirtschaft und Gemeinde“ stellte man sich grundsätzlich auf den Standpunkt der freien Wirtschaft. Die Steuerpolitik, die die Betriebe haben, müssen sich gegen Ende gegen die Interessen der Gemeinde selbst auswirken, da ihre Konkurrenz allein die Steuerquellen derart schmälert, daß der Nutzen, den die Gemeindebetriebe für den Gemeindefiskus haben, nicht an den heranzieht, den sie mit der Schädigung der Steuererträge erzielt. Von den Steuerbewilligungen der Gemeindefinanz geht somit eine schädigende Wirkung auf den Mittelstand in ihren Konsequenzen ausgedacht, muß sie auf die Dauer individuelle Selbständigkeit des Handwerkerstandes vernichten. Es gibt ja schon Gemeinden, Aemter und Kreise mit ungenügender Einkünfte, die alle möglichen Handwerksbetriebe sich gemacht haben. Das sind Dinge, die das Gegenteil von der Verwirklichung sind. Sie sind vielmehr verkappte Selbstver-

Solche typisch beschränkten sozialistischen Äußerungen sind nur, daß diese Partei die ganze moderne Entwicklung der Kommunalpolitik verschlafen hat, die nicht von der Sozialdemokratie erfunden ist, sondern aus den Bedürfnissen der modernen Industrieentwicklung heraus in immer weiterem Maße die Gemeinde zum Mittelpunkt wichtiger und lebensnotwendiger Tätigkeiten gemacht hat. In der Volkspartei ist dieser sozialistische unaufrichtige Entwicklung der gemeindefinanzlichen Mittelstände in den Kommunen der entschlossenste und erfolgreichste bürgerliche Gegner, der alle Mittel verlorenen Kampagne und wirtschaftlichen Macht einflusses aufzuwenden um das Vordringen des Gemeindefinanzalismus hintan zu werfen. Aber auch mit diesem Gegner wird die moderne Entwicklung, wie sie die Sozialdemokratie unterstützt, zweifellos weitergehen.

### Ein Erfolg der Kommunisten.

Der Zutritt zum Zuhörerraum der Stadtverordneten-Versammlung ist jetzt nur noch gegen Einlaßkarten gestattet. Von den Vorständen der in der Stadtverordneten-Versammlung vertretenen Parteien bezogen werden können. Die Zutrittung der einzelnen Parteien nach ihrem Stimmverhältnis. Auskünfte erteilt das Büro der Stadtverordneten-Versammlung. Unseres Erachtens war diese Maßnahme nicht zu rühmend. Sie ist die erste Reihe gegen die Kommunisten, die der Dank des deutschen Nationalen Parteivorsitzers an seine Freunde und Gegner, denen er seine Dank mit verdankt, ohne die Kommunisten wäre keine Wahl nicht möglich gewesen. (Siehe: „Volkswacht“).

### Nationalistische Rummel.

Die Einberufung der beiden Breslauer Hochschulen die vertriebenen Breslauer Burse, hinter der sich der nationalsozialistische und früher neobolschewistische Hochschülerbund verbirgt, wollen am 8. März eine bedeutende Volkskundgebung veranstalten. Wie wir hören, sollen nur die sogenannten „nationalistischen Verbände“ zur Teilnahme an dieser Kundgebung herangezogen werden, während man eine Teilnahme der „nationalistischen Verbände“ ablehnt hat. Zur Begründung wird angegeben, daß nur die vaterländischen Nationalisten an der Kundgebung teilnehmen dürfen. Das mag man zu dem Zweck der Kundgebung, daß die Kundgebung der nationalsozialistischen Bewegung unter der bewährten Führung der

früheren Reichstanzlers Dr. Fehrenbach und unseres Genossen Uebe den Anschließenden Deutsch-Österreichs tatkräftig vertritt, und der Tatsache, daß erst am Sonntag über 150 000 Mitglieder des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ in Magdeburg Bekenntnis für die großdeutsche Republik abgelegt haben. Es sei auch hier einmal betont, daß die Grenzlanddeutschen nicht für eine schwarz-weiß-rote Monarchie, sondern unter den alten republikanischen Fahnen in Reichenberg, Wien oder sei es in Bogen für eine großdeutsche Einheitsrepublik kämpfen.

Bedauerlich bleibt nur, daß die Kumpfpatrioten der Studentenschaft, die nur von etwa 40 Prozent der Studenten gewirkt werden, im Namen der Gesamt-Studentenschaft eine derartige Kundgebung veranstalten dürften. Wir möchten bei dieser Gelegenheit doch einmal die zuständigen Behörden fragen, was sie gegen diese Kundgebung, die keine Volkskundgebung, sondern ein Aufmarsch der Schwarz-Weiß-Roten sein wird, zu tun gedenken? Denn wir sind sicher, daß solche Veranstaltungen nicht dem Grenzlanddeutschen dienen, sondern im Gegenteil nur Anlaß zu ärgerer Bedrückung der deutschen Volksteile jenseits der Reichsgrenze geben werden.

### Bekämpfung des Darlehensschwindels.

Täglich sind in den Zeitungen Darlehensangebote zu lesen. Unter allerlei Zusicherungen und Versprechungen wird Geld angeboten, aber nur in den seltensten Fällen kann auf Gewährung eines Darlehens gerechnet werden. Beim Vorsprechen werden den Darlehensnehmenden Bedingungen zum Lesen und zur Unterschrift vorgelegt; diese sind aber meist derart gehalten, daß viele Darlehensnehmenden sie nicht richtig verstehen und sich dann auf die Angaben der Darlehensvermittler verlassen. Diese haben natürlich das größte Interesse daran, die Darlehensnehmer in unklare zu lassen, damit ihnen nicht die Anträge auf Gewährung eines Darlehens und die Gebühren, die für die Aufnahme eines Darlehens zu zahlen sind, verloren gehen. Die Bedingungen sind nach den gemachten Erfahrungen außerordentlich hart, so daß sie nur von den wenigsten Darlehensnehmern erfüllt werden können. Auch den sogenannten Geldgebern, mit denen die Darlehensvermittler in Geschäftsverbindung stehen, liegt vielfach nicht an der Gewährung eines Darlehens, sondern nur an der Erlangung der Gebühren, die entweder von den Darlehensvermittlern gleich mit eingeschoben oder später von ihnen besonders gefordert werden. Nachdem sie ihre Gebühren erhalten haben, machen sie die Gewährung eines Darlehens von der Verpfändung der Wirtschaft oder des Geschäftsinventars abhängig. Die Bürgen werden dann nicht für gut bezichtigt und es werden weitere Sicherheiten gefordert, die natürlich der Darlehensnehmer nicht bringen kann. Dann erst sehen die Darlehensnehmenden ein, daß sie in ihrer Hoffnung getäuscht und um ihre letzten Ersparnisse gebracht worden sind. Es muß daher dringend vor allen Darlehensangeboten und besonders dann gewarnt werden, wenn Vorherrschaften u.ä. gefordert werden, mögen die Angebote noch so verlockend sein. Die Mittelstände im Darlehensvermittlungsgewerbe sind zu einer großen Gefahr geworden. Es muß auch dringend gewarnt werden, den Angaben der Darlehensvermittler ohne weiteres zu vertrauen, sondern es muß vielmehr dringend geraten werden, die Bedingungen, die vorgelegt werden, genau zu lesen, ehe sie unterschrieben werden.

### Patriotismus in der Wohnkiste.

Zu diesem Artikel schreibt uns der mit erwünschte Günter Heine, Wohnstraße 13, er sei, während drei andere Lärmten, mit Herr Müller tüchtig vorausgegangen. Nach der Verhaftung der drei sei er mit seinem Freunde von selbst zur Wache gegangen, um sich nach ihnen zu erkundigen. In der Ringstraße habe er ein Schreckensamtes aufgefunden, mitzufolgen. Auf der Wache sei Müller sofort entlassen worden, und mit ihm sei unberechtigter Weise einer der drei verschwunden.

### Unbegründeter Einspruch.

Eine Vertäufelung, Frau N. die wegen Krankheit dem Geschäft ferngeblieben war, wurde entlassen, weil die Firma dem vorgelegten Mittel keinen Glauben schenkte, und sich nur auf das zuerst abgegebene Gutachten des Betriebsarztes Dr. A. ließ, der Frau N. arbeitsfähig geschrieben hatte. Diese war mit ihrer Entlassung nicht einverstanden und wandte sich an das Kaufmännische Gericht. Hier erzählte der Chemiker, daß seine Frau vom Betriebsarzt nicht richtig untersucht worden sei. Dieser sei nicht einmal vom Stuhl aufgestanden, um sie zu untersuchen, habe sie nur die Hände hoch heben lassen, und damit sei die Untersuchung beendet gewesen. Es sei deshalb eine Behauptung an die Kammer und die Krankenkasse eingereicht worden, die noch nicht erledigt ist.

Die Klägerin wurde aber mit der Klage abgewiesen; das Gericht kam auf Grund der vorliegenden Korrespondenz zu der Überzeugung, daß die Klägerin keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Gehalts bis Ende März habe.

### Der lebendige Jeremias.

Auf unser Eingeladene: „Eine seltsame Predigt“ antwortet Herr Pastor Die. N. in der „Schlesischen Zeitung“. Er stellt fest, daß er keine Predigt nicht Prophetenworte des Elias, sondern des Jeremias zugrunde gelegt hat. Im übrigen hat er unter Einsender richtig gehört. Herr N. gibt das selbst zu, nur will er damit die Sünden der Zeit frei und deutlich beim Namen genannt haben, und er will das auch künftig tun. „Selbst auf die Gefahr hin, daß der Herr Volkswachtler sich getroffen oder beunruhigt fühlt.“

Da wird halt keine Kirche künftig noch leerer werden, wie sie ohnehin schon immer ist. Bei ihm läuft doch schon jeder einzelne Besucher. Auch wird er doch nicht beschäfft, um Leute aus der Kirche hinaussuppedigen.

### Schmiede.

Der im Promenaden-Theater gezeigte Film gefüllt dem „Generalanzeiger“ nicht. Er betont ihm allzu aufdringlich, daß er „von einer bestimmten parteipolitischen Warte aus bewertet werden will“. Dem „General“ gefüllt es eben bei der Fiskusfrage besser, wo man mit Feuerwerkkanonen pflastert und mit Blechschalen kämpft. Das ist unpolitisch.

### Rot ist wasserbeständig!

In einer Lokalplauderei hatten wir auch die neugestrichenen Schilde an der Generalkommando erwähnt. Sie prangen in Schwarz-weiß und mit einem roten Dach, eine Farbenkombination, die nicht gerade nach dem Geschmack der Republikaner ist. Durch die „Schlesische Zeitung“ werden wir nun anscheinend vom Kommandeur der 2. Kavallerie-Division belehrt, daß die Schilde Rot ist wasserbeständig! Sei rot, weil dies die weisse Fahne habe ist. Die letztere Wahrheit wird die „Schlesische“ zu ihrem Schmerz noch recht oft erfahren müssen, die bei der Gelegenheit über den roten General auf den schwarzen Preußen verweisen zu können glaubt.

### Die juristische Sprechstunde.

findet in dieser Woche Mittwoch von 12-1/2 Uhr und Freitag von 3-4 Uhr statt. Einmalige Sprechstunde ist Es wird nur Rechtsberatung und zwar gegen Entgelt abgenommen. Einmalige Sprechstunde ist

### Honigelauf.

Lehrer i. R. F. Löder in Binzig, Vorsitzender des „Schlesischen Imkerbundes“, bittet uns um Aufnahme des folgenden Artikels: Der Honig erfreut sich als Nahrungsmittel, Genuss- und Heilmittel allgemeiner Beliebtheit. Freilich, nur reiner Honig wirkt heilend und bietet einen hervorragenden Genuss. Reiner Honig ist aber nur solcher Honig, der von den Bienen als Nektar aus den Blüten in die Waben getragen und nach langem Dicksüßigkeit, also vollständiger Reife den Bienenstöcken entnommen und zum geringsten Teil als Wabenhonig in den Handel gebracht oder, durch Verwendung der Zentrifugalkraft aus den Zellen getrieben, als Scheuderhonig geerntet wird. Die Arbeit des Imkers bei Gewinnung des Honigs ist mühsam und wegen der damit verbundenen Bienenstiche oft recht unangenehm. Und der Lohn? Der erzielte Honigpreis kann weder als Schmerzensgeld für ausbleibend erachtet werden, noch steht er als Vergütung für Arbeitsleistung im richtigen Verhältnis.

Vor dem Kriege waren Honig- und Butterpreise gleich; heute bemüht sich die Imkerei oft vergebens, vier Fünftel des Butterpreises für ihren Honig zu erzielen. Wie geht das zu? Einmal ist der Honig nicht ein so dringend erforderliches Brot- und Futtermittel wie Butter; dann aber werden die Preise durch Einfuhr ausländischen, besonders amerikanischen Honigs sehr gedrückt. Ja, wenn der Auslandshonig noch nach seiner Herkunft gekennzeichnet oder verkauft werden müßte, dann hätte er für die Preisbildung unseres Honigs nur geringe Bedeutung, wie ja auch der Auslandshonig, der allerdings mit Honig nicht das mindeste gemein hat, schon seines niedrigen Preises wegen nicht in erheblichem Wettbewerb mit Bienenhonig tritt.

Da wir bereits angedeutet, Auslandshonig als solcher fast nie zum Verkauf steht, so ist die Frage berechtigt: Wohin gelangen die Tausende und Zehntausende von Zentnern, die allein Amerika alljährlich nach Deutschland liefert? Sie werden als garantiert reiner Honig mitverkauft, obgleich schwerlich jemand die Gewähr dafür übernehmen kann, daß dieser Honig nicht schon vor Eintritt seiner Exzese gefälscht worden ist. Aber selbst dann, wenn die Ware reiner wäre, so ist doch die Art und Weise, wie sie gewonnen und behandelt wird, wenig appetitanregend. Meist in großen Tonnen zum Versand kommend, wird der amerikanische Honig in Deutschland gelüftet, das heißt nach Aufschlagen des Honigs werden die darin befindlichen Bienenleichen, Kugeln, Waben und sonstige Schmutzteile entfernt, und nun wird diese geläuberte „saubere“ Ware, die natürlich nur halb so viel kostet wie unser Honig (im Gegensatz zu ausländischer Butter), und die im Geruch und Geschmack gar zu sehr von unserem von Bienenblumen, Obst, Kaffee, Zinsen, Klee- und Serdelabläufe eingetragenen schlechten Honig abtritt, mit deutschem Honig vermischt und als garantiert reiner Bienenhonig zentnerweise auf den Markt gebracht. Dabei verdienen Honigamateur und Honighändler, obwohl sie die Verbraucher zu vergnügungsmäßig dünnem Fleiß abgeben, einen hübschen Baken Geld. Händler und Verbraucher sind sich aber selten bewußt, daß sie einem Mißbrauch von einheimischem Honig, und ursprünglich unsauberen Auslandshonig gekauft bzw. weiterverkauft und dafür einen viel zu hohen Preis bezahlt bzw. gefordert.

Wie jedem Angebot von billigem Honig mit Mißtrauen begegnet werden muß, so besonders beim Bezug von billigem Honig in Postpaketen. Geschäftsluige Imker, die nebenher einen Bienenstand als Reserve oder, deutlicher gesagt, als Vorriegelung falliger Tatsachen halten und meist im Bereich der Westfälischen Provinz und Hamburg wohnen, bieten ein Zehntel und allerhöchstens ein Drittel für 10 oder 11 Mark an, zu einem Preise also, für den schlechte Bienenwirte ihre Honigernte kaum im zentnerweisen Verkauf abgeben können. Wer die Vorzüge des schlechten Honigs kennt, der wird es bei einmaligem Versuch, billigen „Auslandshonig“ zu beziehen, bemerken lassen; denn auch hier handelt es sich entweder um Heidehonig, der an Güte unsern schlechten Honig wesentlich nachsteht, oder um Mißware von In- und Auslandshonig.

Wenn der Honig wirklich als Heiß- und Genussmittel dienen soll, der beziehe unteren erstklassigen schlechten Bienenhonig, bei dessen Gewinnung die größte Sorgfalt und Sauberkeit angewendet werden, auch wenn er eine Kleinigkeit teurer sein sollte als Mißware. Seine Güte wiegt den etwaigen Preisunterschied mehr als aus. Die schlechten Imker dürften durch Uebernahmen schwerlich übermüht werden, um so weniger, als man einen durch Bienenzucht reichgewordenen mit der Laterne suchen muß.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, wieviel großen Nutzen die Bienen durch Befruchtung in Gärten und Feldern schaffen, einen Nutzen, der weit höher anzuschlagen ist, als der durch die Honigernte erzielt. Auch darum gilt es, die heimische Bienenzucht, die infolge der immer ungünstiger werdenden Trachtverhältnisse ohnehin den Kreditsgang geht, zu stützen; und das kann ohne besondere Aufwendungen durch Kauf schlechten Honigs, sei es in Pflanzbüchsen, sei es in Postpaketen, geschehen.

Anschriften solcher schlechter Imker, die Honig abgeben haben, sind bei dem Vorsitzenden des nächstgelegenen Bienenzüchtervereins zu erfahren; auch der Einsender dieser Zeilen ist zur Auskunft bereit.

### Arbeitsplan der Breslauer Arbeiterjugend in der Woche vom 23. Februar bis 1. März.

- Heim 1. (Städtisches Jugendheim, Mathiasplatz.) Dienstag: Lesabend: „Vord. Wollenweber.“ Freitag: „Unsere Jugend.“
- Heim 2. (Schulhaus, Diener Straße.) Freitag: Frageabend. Sonntag: Spiel und Tanz.
- Heim 3. (Rinderport, Michaelisstraße 36.) Mittwoch: Frageabend. Freitag: Volkstanz und Brettspiel. Sonntag: Heim.
- Heim 4. (Schulhaus, Reichstraße.) Dienstag: „Bede's Leben.“ Freitag: Lieberabend.
- Heim 5. (Schulhaus, Berliner Straße 63.) Dienstag: „Was wir wollen.“ Freitag: Lesabend (N.S.-Zeitung). Sonntag: Spiel und Tanz.
- Heim 6. (Schulhaus, Kriegerstraße.) Dienstag: „Unsere Ziele.“ Freitag: Kampflieber-Abend. Sonntag: Heim.
- Heim 7. (Schulhaus, Elisabethgymnasium, Kriegerstraße.) Dienstag: Lieberabend. Freitag: „Unsere Ziele.“
- Heim 8. (Barade, An den Teichdütern.) Dienstag: „Unsere Ziele.“ Freitag: „Die Jugendkämpfer.“ Sonntag: Spiel und Tanz.
- Heim 9. (Schulhaus, Waterloostraße.) Dienstag: Frageabend. Freitag: „Die Jugendkämpfer.“ Sonntag: Heim.
- Heim 10. (Schulhaus, Lehndamm.) Dienstag: Spiele. Freitag: Besprechung der Illenhaus-Brachüre. Sonntag: Heim.
- Heim 11. (Schulhaus, Kriegerstraße.) Dienstag: „Die Teichdütern.“ Freitag: Lesabend (N.S.-Zeitung).
- Heim 12. (Schulhaus, Kriegerstraße.) Freitag: Frageabend. Sonntag: Lieberabend.
- Heim 13. (Düster.) Mittwoch: Mitgliederversammlung. Freitag: „Unsere Ziele.“

Dienstag: Gammal-Gruppe.  
Mittwoch: Kellern-Gruppe.  
Donnerstag: ...  
Freitag: ...  
Samstag: ...  
Sonntag: ...



Freimilchlieferungen.

Dring unerlässliche Notwendigkeit ist es dem Sozialen Betrat des Reiches...

Breslauer Volkshilfe. Die Mitglieder der Volkshilfe erhalten in der...

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hält Donnerstag, den 28. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses...

Die Zahlung der Ruhegehaltsgebühren für den Monat März 1925...

Schauspieler-Wettbewerb. Nach jahrelanger Pause soll wieder einmal im Frühjahr...

Sonderzug zum Besuch der Beipziger Meise. Am 28. Februar wird ein...

Ein Kunstblatt 40x60 Zentimeter umfasst erhalten die Mitglieder...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Einige Wasserleitungsarbeiten, die sich Mitte Oktober zum Ende...

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitslosenversicherung.

Von S. Tuffhäuser.

Nach Artikel 162 der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht...

Somit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann...

Hier wird grundsätzlich die Pflicht des Reiches zur Unterhaltungs...

Staatsminister Karl Geveking und Reichstagspräsident Paul Löbe sprechen am Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im „Schiefwender“ in einer öffentlichen Kundgebung.

regelmäßig geworden, ohne daß die Leistung als Arbeitslosenversicherung...

Angefaßt der nach nachstehenden großen Arbeitslosigkeit ist die...

Der Arbeitsmarkt ist abhängig von den Schwankungen der...

Die soziale Erörterung ist auch notwendig, um den Referenten...

Schon bei der Umgestaltung des Personalgesetzes...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Arbeitslosenzählung.

des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Monat Januar erfaßt 27 988 Betriebe mit 2071... betriebl.

Die Zahlen, die wie alle anderen statistischen die Arbeitslosen nicht...

Trotz dieser Beschränkungen scheint sich in der Metallindustrie...

Internationale Metallarbeiterkonferenz.

Sonntag, den 1. März, findet in Köln eine große internationale Metallarbeiterkonferenz statt...

Verbindlicher Schiedspruch.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit, daß am 5. Februar...

Schiedspruch für die Berliner Holzindustrie. Der Schlichter...

Die Eisenbahner-Organisationen nahmen am Montag in einer gemeinsamen Sitzung...

Tarifverhandlungen der Bauangehörigen. Im Gebäude des Reichsverbandes...

Gewerkschaftsbewegung in Regensburg. In Regensburg tagte am 16. Februar...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...

Die Angehörigen werden auch zu erhöht, soweit sie ihren...



Aus Schlesien.

Wichtige Entwicklung der Arbeiter-Samariter-Bewegung in Schlesiens!

Am Sonntag fand in Reichenbach der Kreisstag der Arbeiter-Samariterkolonnen statt. Der Kreisstag war von 32 Kolonnen durch 34 Delegierte besetzt. Dieser hatte die Aufgabe der Tagung war ein gutes Bild der gesamten Arbeiter-Samariterbewegung. Der Vorsitzende des Kreises erklärte in seinem Bericht feststellen, daß sich die Anzahl der Kolonnen von 24 Ende 1923 auf 40 Ende 1924 erhöht hat. In der Zwischenzeit haben sich bereits wieder zwei neue Kolonnen gebildet. An der Spitze der Kolonnen stehen gewöhnlich Arbeiter. An der Spitze der Arbeiter-Samariter steht die Mitgliederzahl nicht im Verhältnis der Kolonnen und Kreisliste festgehalten werden. Die Verhältnisse der Kolonne hat sich auch bis zur Bundesklasse festgestellt. In der Bericht der Kreisliste die Bundesleistung die seit langem beständige Haftpflichtversicherung der Samariterkolonnen durchzuführen konnte. Ja, es war sogar möglich, auch eine Sterbensversicherung der Mitglieder zu schaffen. Aber was im Interesse der Allgemeinheit entschieden wichtiger ist, auch eine Verrechnung des Materials in allen Kolonnen zu ermöglichen. Nach diesen Abscheidungen haben die Anwesenheitslisten einen Wert von über 31.000 Goldmark. Hier muß gesagt werden daß die Arbeiter-Samariter sich dieses Material angeschafft haben, trotzdem von Förderung der so legerreich angelegten Arbeiter-Samariter-Bewegung mittels staatlicher oder anderer Mittel nicht geredet werden kann. Im Gegenteil, einzelnen Kolonnen wurden starke Schwierigkeiten bereitet. Doch scheint sich nach und nach die Arbeiter-Samariter-Bewegung die Anerkennung ihres guten Wirkens innerhalb der Arbeiterschaft und auch in der Allgemeinheit zu erringen.

Die gute und nützliche Tätigkeit der Arbeiter-Samariter zeigt der jährliche Bericht. In 20.940 Fällen wurden Hilfeleistungen erteilt. 1730 Transporte Verunfallter oder Erkrankter zu Verletzen in die Wohnung oder in Krankenheiler wurden ausgerichtet. 150 Hauskrankenpflege in sein Gebiet, das infolge der Verhältnisse der Samariterkolonnen nicht so wie erwünscht durchgeführt werden kann) reichten sich dem oben berichteten Wirken würdig an. Auch unterhalten 15 Kolonnen 38 öffentliche Unfallstationen im Interesse und zum Vorteil der kranken erlitten Hilfe. Zur Ausübung ihrer Samariterhilfe besitzen die Kolonnen 8 Krankenwagen, 23 fahrbare Tragbahnen und 100 Tragbahnen, ferner 165 Stationsnotizen oder Schränke, sowie 349 Verbandstoffe und das dazu notwendige sonstige Material.

Am zur Ausübung der ersten Hilfe stets genügend Samariter zur Hand zu haben und um den wichtigsten Programmpunkt der Arbeiter-Samariter-Bewegung zur Durchführung zu bringen (Verbreitung des Wissens über die erste Hilfe in weitest möglichen Kreise) haben 21 Kolonnen 47 von 32 Verlesenen geleitete

zusammengefaßt. Seit über 1000 Teilnehmer waren zu verzeichnen, von denen 607 die Abschlussprüfung bestanden. Für Aufklärung über besonders die arbeitenden Massen gefährdende Krankheiten fanden eine große Anzahl von Vorträgen geführte Vorlesertroups statt.

In dem Bericht des Kreisvorsitzenden schloß sich eine rege Debatte an, die äußerst sachlich verlief. Der Kreis ist nicht Teil der Bundesleistung als der bestfunktionierende und auch organisatorisch sich auf der Höhe haltende Kreis. Infolge dessen erfolgte die Wiederwahl der bisherigen Kreisleitung einstimmig. Zur Finanzierung der Tätigkeit in Schmalenberg kreisfindenden Kreisleitung wird von den Kolonnen für jedes Mitglied ein Beitrag von 30 Pf. erhoben und die Provinz Ober-Schlesien als selbständiger Kreis Nr. 6 beschlossen.

Der Bundesvorsitzende zeigte dann in einem Referat, wie der Bund weiter auszubauen sei und fand mit seinen Ausführungen bei allen Delegierten reges Interesse. Die Anregungen des Genossen Kretschmer, in allen Kolonnen durchzuführen bringen eine wesentliche Erweiterung der legerreicheren Arbeit der Arbeiter-Samariter für die Allgemeinheit. Die Herren Dr. Göhe, Reichenbach und Dr. Henschel, Sagan, empfahlen, damit auch die Kreise zum Ausbau der Arbeiter-Samariter-Tätigkeit beitragen können, eine Zusammenkunft aller unterrichtenden Kreise des Reiches. Der Kreisvorsitzende wird diese Zusammenkunft in die Wege leiten. In Kandidaten als Delegierte zum Bundesstag Ostern wurden die Genossen Siebig-Breslau, Königsberg-Schiff, Scholz-Pangensielau und Winter-Glogau nominiert. In Urwahl sollen zwei Genossen gewählt werden.

Der Kreisvorsitzende, Samaritergenosse Richter-Breslau, Mathiasstraße 127, schloß die würdig verklaute Tagung mit dem Wunsch, daß alles was beraten und beschlossen wurde, zum Vorteil der Arbeiterschaft durch weiteres Ausbreiten der Arbeiter-Samariter-Kolonnen dienen möge, damit der Bundeskongress Tagung werde. In jedem Ort, zu jeder Zeit, sind zur ersten Hilfe wir bereit. G--g.

Ohlau. Verkauf der Kasernen an den Militär-Viskus. Nachdem bereits in einer dringenden Stadtratsbesitzung der Verkauf der Kasernen des hier garnisonierenden Reichs-Regiments Nr. 11 an den Militärviskus grundsätzlich beschlossen worden war, haben am Mittwoch bei dem Kreisunteramtsamt in Breslau Verkaufsverhandlungen stattgefunden. In einer am Donnerstag abgehaltenen Dringlichkeitsitzung der Stadtratsbesitzung wurde der Verkauf mit Ausnahme von Reitplatz, Stall und Schuppen für 310.000 Mark von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen.

Wagwitz. Ein großzügiges Jugendheim. Eine im Stadtratsbesitzungsausschuss abgehaltene Sitzung des Ortsausschusses für Jugendpflege ergab ein erfreuliches Fortschreiten der Jugendpflege in Niederschlesien. Lehrer Waische hat das Projekt eines großen liegiger Jugendheimes vor. Es ist ein Bau geplant, der etwa 30 Veranlagungsfähige Kinder, Handwerkslehren, Vorkurskurse für 1000 Hörer umfassen soll, und für dessen Schaffung 200.000 Mark erforderlich sein werden. Auch die Handwerks-, die Industrie- und Handelskammer und die Behörden sollen für den Plan interessiert werden. Die Mittel will man durch eine Anleihe aufbringen.

Schlagan. Auf des Lokomotivs vom Schlaganfall übertrug wurde am Donnerstag früh der Lokomotivführer Spieler aus Königsfeld. Nach Schluß des Dienstes auf dem hiesigen Bahnhof sollte der Güterzug nach Königsfeld abfahren, als in demselben Moment der 18 Jahre alte verheiratete Beamte vom Schlaganfall getroffen wurde.

Striegau. Ein Freispruch. In Verfolg des gegen Polizeikommissar Lehmann wegen angeblicher Pflichtverletzung am 26. Oktober eingeleiteten Disziplinarverfahrens fand am Donnerstag vor dem Disziplinargericht an der Regierung zu Breslau Termin statt. Die Verhandlung endete mit völligem Freispruch des Angeklagten. Sämtliche Kosten, auch die der Verteidigung des Angeklagten, hat die Staatskasse zu tragen. Der in wenigen Wochen beginnende Prozeß über den Striegauer Blutsonntag wird wohl endgültige Klarheit geben über die Rolle, die die Polizei dabei gespielt hat.

Katibor. Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht verurteilte heute den 33jährigen Landwirt Richard Starwas aus Katibor wegen Brandmordes zum Tode und wegen verübten Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hatte sich im Felde ein schweres Messerleihen ausgesprochen und war wegen verübten Totschlags bereits mehrfach angeklagt. Er hatte unter dem Schutze des § 51 des Strafgesetzbuches als einen sogenannten Jagdschein und lebte wegen Erbschaftsangelegenheiten mit seinem Bruder im Streit. Am Morgen des 10. Januar 1924 schlug der Angeklagte seinen Bruder nieder, als er am frühen Morgen in den Stall trat, mit einer Art nieder und spaltete ihm den Schädel. Der Tod trat sofort ein. Sein Bruder Raul wehrte einen gegen ihn geführten Schlag mit der Hand ab. Während der Verhandlung erlitt der Angeklagte einen Tobsuchtsanfall, so daß die Verhandlung unterbrochen werden mußte.

Stadt-Theater.

„Die Fledermaus“.

Kein Opernball wäre ein dankenswerteres Festungsgeheimnis unserer Oper gewesen, als diese über alle Maßen fröhliche erfolgreiche „Fledermaus“-Aufführung. Sie macht den Eindruck eingehender Einstudierung, liebevoll behandelte Inszenierung. Aber der Regisseur Kurt Weder-Suetz lieh, trotz großer Unlicht, eins der wichtigsten Momente außer Acht. Er muß von einer fröhlichen Stimmung der Zuschauer verabschiedet werden. Er hat, ganz im Sinne neuesten Geschmackes, den Humor aufs Groteske hinaus hinaus. Wo bleibt in seinem Orchester-Fall jene süßlich-sentimentale Stimmung, die die Paare zu Selbstverlorenem Walzerweigen und schmiegen einander in die Arme treibt? Diese typische „Fledermaus“-Stimmung fehlt überall. Auch in den Szenarien ist nur Weniges widerspruchlos entgegenzunehmen. Die Nämlichkeit des ersten Aktes läßt sich nicht als recht komischen Kauf erachten: so ist weniger ein Wohnzimmer, als eine Klubabteilung. Die leeren Wände umfassen eine kleine Fläche, auf der nicht weniger als zwei Ottomanen und drei, noch dazu verschiedene, Klüffeln den Weg verperren. Das im zweiten Akte der jetztgemäße Anwendungsinhalt Anwendung findet und offenbar nur Farbenwirkung in Betracht gezogen wurde, wäre zu begrüßen, wenn jener lahmst, grottesk, in seinem Formstil unbestimmtere Nischenraum nicht jegliche Gemütlichkeit verbannte. Inzwischen hält die Regie bestens zusammen.

Helmut Seidelmann überseht die Partitur in hirtischen, das lauchend, Sillerman und Drängen. Er entsagt dem Orchester Wucht, Schwung und atemlose Temp. Schon die Overtüre spricht dieses Feuer.

Fritz Mars gibt den Eisenstein frisch, liebenswürdig, jeder Situation gewachsen, auch gelanglich zufriedenkellend. Margareta Dannenberg-Kolalinde geht nicht recht aus sich heraus, ist aber eine hervorragende Gesangsleistung. Joseph Witt bleibt seinem Aktred dieses an frisch schuldig; im ersten Akt nimmt sich der todene Humor jedoch wirkungsvoll aus. Die Adele Witzirows ist entzückend, der Gefängnisdirektor Carl Rados in diesem köstlichen, wertschätzungsstimmenden Tapp, die Glanzleistung des Abends. Luise Schicht ist als Prinz Orlofsky gut aus und erregte die Halle vollends. Einen lustigen Notar gibt Hans Baron und Julius Wilhelm den Gefängnisbedienten Frosch, der sich auf komische Deklamation beschränkt, die Petrusentfaltung aber nicht glaubhaft genug markiert. Erwähnt seien sehr beifällig aufgenommen, von Helga Seidel und einstudierte, gelungene Tänze. Die Stimmung griff auf das Publikum über, und das ausverkaufte Haus hallte von dröhnenden Applausen wider. R. S.-ber.

Filmschau.

Kammermusikspiele. „Lampen und Seide“. Der Titel symbolisiert die Gegenüberstellung der Reichen und Armen. Es gibt den Anlaß zu einem reichhaltigen Spielplan. Richard Oswalds, des ruhmreichen Regisseurs, der sich einige Zeit in Schwaben aufhielt, um nun mit ungeheurer Kraft und geschmackvoller Routine zu zeigen, daß er sich vervollkommen hat. Sein Werk ist ein Spiegel unserer Zeit. In der ersten Szene, die psychologische Arbeit ersten Aktes voran. Man sieht, daß Oswald der Stoff Mittel ist. Er sieht wie kein Zweiter über der Situation. Von hoher Warte schauend er einen tiefen Jenseits über die Lächerlichkeit der heutigen Großstadttypen, und er behandelt sie doch wieder mit Liebe. In, es reizt ihn, ihre Art bis ins Kleinste abzukupfen. Er ist darin genial. Der Zuschauer sucht oft, denn er muß eingestehen, daß ein anderer an ihm ergriffen, weilen er sich selber kaum bewußt wurde. Oswald stellt ein Berlin hin, wie es in solcher Qualität noch keiner vor ihm erstrebt: Berlin im Zeichen des Verkehrsmittels, der Verkehrskammer, der Straßenmusik, im Zeichen — der Schiebermorde. Das Mannpärchen offenbart sich als eine entzückende Komödie, in der die Logik einerschreitet, als wäre dies beim Film zu Gatte. Wenn sich ein junges charmanisches Ehepaar in seiner Grundwaldvilla langweilt, dann kann sogar passieren, daß es sich in ein Wasserballspiel gewaffeln läßt, und ein mit einem roten Augenmaß schlagend und einem knorrenartigen verheerendes Fahrradmaß aufgefahret; die Frau, um zu zeigen, was es sich in Seide ausnimmt, der Mann, um einmal heimwärts zu springen. Es ergibt sich schließlich ein amüsanter Tandemreiter von gebrochener Krauthergen, die dadurch heißen, daß der Bruder des Mannes das in seiner Ehre verlegte Weib herbeiführt und das Ehepaar — so weiter langweilt. Die Darstellung hat durch Reinhold Schünzel, der den Berliner Witz mit einer gewissen, aus dem Zentrum des Zeitgeistes geschöpften Romik gibt, Johannes Riemann, den chelischen Szenenregisseur, Mary Parker, die eifernde süchtige Gattin, eine besonders einflussreiche Note. Mary Ried ist alles andere, eher als ein Jodermädchen und bloß den Offizieren die Porten schuldig. Eine Gemütsstellung vollkommene Hausfrau, die sich als alljährliche Gesellschaftsmitglied heraushebt, die sich hier als als Range vom Wobbing entpuppt. Fray Dehnschaft ist hierdurch ihre Tätigkeit an den Vereinigten Theatern in guter Erinnerung. W. I.

Balok-Theater. „Die Chachcos“. Maska, dessen Entzückung ein Kampf mit Leben und Tod mit den gefährlichsten Mächten der weißen Welt bedeutet, von harenweise Goldmacher an. Mit ihnen durchleben wir Schicksale, Parallelen zu der großen Tragödie Raskin, die dort von harenweise Goldmacher Schöpfer verewannt, Dreizehnter des Jahres in eiserne Bande gefesselt zu sein, um im Derg aus unglücklichen Mächten in harenweise Goldmacher Chachcos herauf zu direkt zu führen. Der Film ist nicht zu schänden. Regieteam und fotografisch sind Leistungen ohnegleichen vollbracht worden. Der Film ist der Gipfel bildlicher Naturgeschichte. W. I.

Breslauer Weltbühne. „Südlische Liebe“. Schon ist haben die Amerikaner neugierig, spanische Temperament zu erzeugen. Sie können es noch weniger als wir. Denn sie sind lächer. Dazu erwarben sie der im großen ganzen annehmbaren Darstellung ein gar nicht annehmbares Manuskript, über dessen logische Schwächen selbst der Regisseur nicht stolperie. Man sieht z. B. das Lager einer arktischen Wandergruppe hoch erheblicher Veränderung in Zeit und Raum immer am selben Orte. Ein moderner Opernspektakel brachte so etwas nicht fertig. Man wird sich also, um Genus zu retten, an die Vertreibung durch Gene Faid und Betty Rytthe halten. — „Terror“. Ein junges Mädchen waghafte Unternehmungen, wie das Erklettern hoher Mauern, Autofahrten über Sand und Stein und gefährliche Wanderungen durch unterirdische Gänge haben dem inhaltlich belanglosen Film einen nach amerikanischer Gewolste schmeckenden Reiz. W. I.

Arbeiter-Sport

Handball. Die diesjährige Gaugaug der schlesischen Naturfreunde findet am Sonntag, den 26. April, in Piesnitz statt. Näheres wird nach Ausschreiben bekanntgegeben. Die Wettbewerbe für 1925 werden nach Abschluß der Vorkämpfungen der Mannschaften am 1. März 1925 ausfallen. Verlorenung der Mannschaften gehen zu Gunsten der Ortsgruppen. Ein großer Teil der Ortsgruppen hat uns noch keine Jahresberichte eingeleitet. Wir bitten, außer dem allgemeinen Bericht anzugeben, wieviel Wanderungen, Halb- und Ganztagesreisen, Führungen und Vorträge veranstaltet wurden. Die Gaugaug.

Arbeiter-Tanz- und Sportbund, Kreisverband, Göttingen am Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Reichenbacher Straße 14. Tagesordnung: 1. Bericht (Kreisstag), 2. Stellungnahme zur Kreiswertkonferenz, 3. Beitragsabrechnung des Kreisverbandes, 4. Bericht über den 2. Punkt Punkt Nr. 4 der A. L. T. S. einflussreiche Artikel, 5. Punktsachen wegen der reichhaltigen Tagesordnung Punkt.

Table with columns: Spielplatz, Gegner, and other details for various sports events.

Bereinskalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Betriebsräte und Vertrauensleute. Wegen der bevorstehenden Wahl der Betriebsräte, den 25. Februar, angelegte Sitzung aus. Dieselbe findet statt am Montag, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Die Ortsvereine.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Gute Dienstag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Bezirksversammlung der Lokomotivführer im Zimmer 78 des Gewerkschaftshauses. — Mittwoch, den 25. Februar, abends 7 Uhr: Bezirksversammlung der Lokomotivführer im Lokal bei Pfortner, Gräbnerer Straße. — Donnerstag, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr: Bezirksversammlung der Lokomotivführer im Lokal bei Wende. Alles Nähere durch Ausschüsse in den Vereinen. Die Ortsvereine.

Aus der Geschäftswelt.

Das Romag-Wohnautomobil steht im Dienste der Kultur. Der Herstellerin der bekannten Kultur-Preparate, betonen Ankündigungen unsere Leser aus dem Interatentum unseres Hauses zur Kenntnis. Dem Weltbekannten Dr. med. Unblutig ist diese Welt-Kultur-Willa zu Pragerandeweden zur Verfügung gestellt worden. Wie wir erfahren, wird Herr Dr. Unblutig sich zum ersten Male in Wien bei dem kommenden Leipziger Frühjahrsmesse zeigen. Die Ausstellung des hochinteressanten Wagens erfolgt auf dem Tagungsplatz des Leipziger Hauptbahnhofs, wo auch dem breiten Publikum eine Bekanntschaft der Innenräume gestattet werden wird. Das Wohnauto ist gewissermaßen eine Weltvilla mit viel mehr Bequemlichkeiten, als nach Ansicht eines Lesers auf einem Raum von 7 1/2 Meter Länge und 2 1/2 Meter Breite unterzubringen sind. Man höre und staune: Im Wagenraum befinden sich u. a. ein Wohnzimmer mit Sofa, einem Tisch, zwei Klüffeln, einem Ofen und zwei Kleiderhängen, ferner eine Küche, ein Badezimmer, ein Chauffeur-Schloßraum, eine Garderobe und ein richtiggehender Wirt mit Wasserleitung. Ferner stehen eine Fundebühne, eine Kuchentafel und ein Feuerherd mit Wasserleitung. Es können bis zu 20 Personen mitfahren.





